WOCHENAUSGABE

# INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Nr. 4.
26. Januar

4. Jahrgang
1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

## Aus dem Inhalt:

Italien und Jugoslawien. Von Masci.
Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Sachsen. Von Böttcher.
Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre.
Der Lohnsteuerskandal in Deutschland. Von Höllein.
Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats. Von Dörr.
Das Weltwirtschaftsjahr 1923. Von Varga.
Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von Rhenanus.
Die Kämpfe der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen. Von Lada.
Die Balkankonferenz.
Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD. Von Thalheimer.
Faschismus in Jugoslawien.
Buchbesprechungen.

# An die Proletarier aller Länder!

## Aufruf der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale.

** Die breiten Massen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt sind niedergedrückt durch den Verlust Lenins, des bedeutendsten Führers der Arbeiterbewegung. Aber Genossen, dieser Verlust darf unseren Mut nicht sinken lassen. Mit Dank werden wir seiner unsterblichen Verdienste für die internationale Arbeiterbewegung gedenken und, begeistert durch sein leuchtendes Vorbild, werden wir die Verwirklichung seiner geschichtlichen Weisungen anstreben. Ebenso wie Marx wird auch

**Lenin für immer unser Führer**

bleiben. Marx gab uns die Lehre der Befreiung des Proletariats, und Lenin führte das Proletariat auf dem Wege zur siegreichen Verwirklichung dieser Lehre.

Lenin schuf die siegreiche revolutionäre Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Rußlands. Mit dem unerschütterlichen Glauben an die revolutionäre Kraft und an die Zukunft der Arbeiterklasse, schritt er zur Bildung der Partei. Er schuf sie unter beispiellosen Schwierigkeiten, unter Verfolgungen und unter andauerndem Kampf gegen den zaristischen Despotismus, gegen die tiefwurzelnden Vorurteile, gegen die verräterischen Führer der Arbeiterklasse. In diesem langjährigen Kampf gelang es ihm,

**eine siegreiche Strategie**

auszugestalten: die Taktik des revolutionären Marxismus und die Parteiorganisation der kommunistischen Bewegung.

In der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hat das Auftreten Lenins ein neues Kapitel eröffnet. Seit den ersten Tagen seiner Tätigkeit führte Lenin einen heroischen Kampf gegen den durch den Kapitalismus durchseuchten Geist, der in den Parteien der Zweiten Internationale vorherrschte. Und als beim Ausbruch des imperialistischen Krieges diese Parteien gutwillig in den Dienst der räuberischen kapitalistischen Regierung traten, erhob Lenin in genialer Voraussicht die historische Losung der proletarischen Weltrevolution:

**„Der imperialistische Krieg muß in einen Bürgerkrieg umgewandelt werden!**

Bewaffnet mit einem grenzenlosen revolutionären Mut und ausgestattet mit einem eisernen Siegeswillen führte er im Jahre 1917 das russische Proletariat zum Kampf um die Vernichtung des kapitalistischen Staates. Von allen Führern der modernen Arbeiterbewegung erfaßte er als erster die historische Bedeutung des politischen Erwachens der Bauernschaft und die **Notwendigkeit der Bildung eines engen Kriegsbündnisses zwischen dem Bauerntum und dem Industrieproletariat** unter Vorherrschaft des letzteren. Vor allen anderen erkannte er in den Arbeiter- und Bauernräten die großartige Staatsform der proletarischen Diktatur. Er scharte das Proletariat um die Losung:

**„Alle Macht den Räten!"**

Er bildete und festigte die Sowjetmacht und befreite die russischen werktätigen Massen von dem furchtbaren Druck der Rußland einkreisenden kapitalistischen Söldlinge.

Niemand von uns wird je die furchtbare Erschütterung vergessen, die das Attentat auf Lenin im Jahre 1918 bei jedem einzelnen hervorrief. Keinen Augenblick werden wir es vergessen, daß die Verräter der Arbeiterklasse mit einer vergifteten Kugel unseren teuren Führer meuchlerisch ermorden wollten.

Vor fünf Jahren wurde die **Kommunistische Internationale von Lenin gegründet.** Damals eröffnete er uns, worin die Aufgabe unserer Internationale bestehen muß: in der Verwirklichung der ewigen Ideale des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Und diese Aufgabe war die seines eigenen Lebens. Noch nie sah die Geschichte ein größeres Beispiel einer tiefen Ergebenheit dem Weltideale des Befreiungskampfes der Arbeitermassen. Noch nie hat jemand so viel zur Verwirklichung dieses Ideals beigetragen wie Lenin.

Durch seine Führung der Kommunistischen Internationale schuf er eine feste Basis für die revolutionäre Arbeiterbewegung aller Länder. Diese Basis besteht vor allem in der theoretischen Erweiterung und praktischen Durchführung der marxistischen Staatslehre und in der klaren Analyse des Wesens der bürgerlichen Demokratie. Seine Lehre über den demokratischen Zentralismus und seine noch im Jahre 1903 verfaßten genialen Direktiven für die Organisierung der revolutionären Tätigkeit bilden noch heute ein kostbares Gut für unsere Arbeit auf diesem Gebiete. Ein ebenso kostbares Gut sind für uns die prophetischen Worte seiner letzten Rede auf dem vierten Weltkongreß und seine letzte Abhandlung über die Perspektiven der Weltrevolution. Große Beedutung maß er der Vereinigung aller wahren revolutionären Kräfte aus verschiedenen Richtungen und Lagern der alten Arbeiterbewegung unter dem Banner der Kommunistischen Internationale bei. Als eines der wichtigsten Momente hinterließ er uns die Losung: die Gewinnung der Massen ist die unumgängliche Voraussetzung für die Eroberung der Macht und die Errichtung einer proletarischen Diktatur.

Bis zur letzten Zeit widmete er besondere Aufmerksamkeit der revolutionären Entwicklung Deutschlands, wo — wie wir alle glaubten — bald die proletarische Revolution ihr Haupt erheben werde.

**Lenin war und bleibt für ewig der unsterbliche Führer der proletarischen Weltrevolution.** Mit seinem genialen, klaren Blick erfaßte er das nationale Erwachen und den **revolutionären Aufstieg der Völker des Ostens,** die den Kampf gegen die unterdrückende Macht des kapitalistischen Imperialismus führen. Er gab sich volle Rechenschaft über die Weltbedeutung des Erwachens der Völker des Ostens und arbeitete rastlos daran, sie an die Kommunistische Internationale heranzuziehen.

Sein unauslöschliches Verdienst ist in erster Reihe die Verwirklichung der Parole durch die Kommunistische Internationale:

**„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"**

Ein ähnliches Verständnis zeigte Lenin bei der Behandlung der kommunistischen **Jugend- und Frauenbewegung.** Er sah klar, daß die Entfaltung der Jugend- und Frauenbewegung den letzten Schlag bedeutet gegen den Hauptfeind der proletarischen Revolution, gegen die Flauheit und Passivität der Massen.

Mit gigantischen Schritten — wie es Lenin voraussah — schreitet die proletarische Weltrevolution vorwärts.

Lenin gedenkend, müssen wir alle Kräfte zusammennehmen zum Kampfe gegen das Joch des Kapitals. Bereitet Euch vor zum Kampfe, revolutionäre Proletarier aller Länder! Möge der Haß zu den Feinden des Kommunismus so flammend und ewig in unseren Herzen glühen wie die Liebe zu Lenin.

Zu diesem Kampf ruft die Exekutive der Kommunistischen Internationale alle ihre Sektionen auf. Wir wenden uns an die Millionen unserer Kampfgenossen in der ganzen Welt mit dem Aufruf: Folget den Lehren Lenins, die in unserer Partei stets fortleben werden!

**Kämpfet wie Lenin und Ihr werdet siegen!**

## Die Exekutive der Kommun. Internationale.

Vorsitzender: Sinowjew.

**Zetkin** (Deutschland), **Kolarow** (Bulgarien), **Terracini** (Italien), **Steward** (England), **Stirner** (Südafrika), **Schüller, Unger** (Kommunistische Jugendinternationale), **Bucharin, Radek** (Union der Sowjetrepubliken), **Pruchniak** (Polen), **Amter** (Amerika), **Kuusinen** (Finnland).

## Die Exekutive der Roten Gewerkschafts-Internationale; Losowski.

# Politik

## Italien und Jugoslawien.

Von G. Masci (Rom).

** Der Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Jugoslawien, der die Frage von Fiume liquidiert und eine neue Periode in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern einleitet, hat seine Begründung im besonderen in den folgenden drei Tatsachen:

1. Der bevorstehende Beginn der Wahlkampagne in Italien. Die faschistische Regierung will der konstitutionellen Opposition eine der stärksten Ursachen ihrer Erfolge und ihrer Entwicklung in den Kreisen der Bourgeoisie entreißen: das vollständige Fiasko der faschistischen Außenpolitik, die Italien in Europa isoliert hatte.

2. Die Übernahme der Macht in Griechenland durch die Regierung Venizelos. Die Regierung Mussolini hat sich davon überzeugen müssen, daß man nicht zwei Hasen zugleich erjagen kann. Venizelos ist der Politiker, der seit den Verhandlungen von Versailles bis heute am meisten dazu beigetragen hat, die Expansionspläne des italienischen Imperialismus zu durchkreuzen und zu zerstören. Im Konflikt mit Jugoslawien hatte Italien die Verträge gegen sich; im Konflikt mit Griechenland hingegen sind die Verträge zugunsten Italiens, und in dem nunmehr abgeschlossenen Freundschaftsvertrage wird gerade das betont, daß sich Italien und Jugoslawien verpflichten, den durch die Verträge festgesetzten „Status quo" zu erhalten. Mit dieser Ursache ist die Politik Frankreichs gegenüber der Kleinen Entente eng verbunden, die für Italien eine unmittelbare Gefahr bedeutet hätte, wenn der Fiume-Konflikt noch schärfer geworden wäre, wie dies noch bis vor kürzester Zeit wahrscheinlich schien.

3. Der neue Plan der Außenpolitik, der bis 1922 ein persönlicher Mussolinis war und jetzt Richtlinie der Regierungspolitik wird. Zu diesem Plane gehören die Abmachungen zwischen Italien und Spanien, die Politik der Annäherung an die Sowjet-Union, der Konflikt zwischen dem schwach von Spanien unterstützten Italien einerseits und England und Frankreich anderseits in bezug auf das Regime von Tanger; ein Vorspiel zu all dem waren der italienisch-griechische Konflikt und die Landung auf Korfu, eine durchaus übertriebene Reaktion auf die Ermordung des Generals Tellini, wenn man sie nicht in einem allgemeineren und umfassenderen Rahmen erfaßt.

Es ist immer eine persönliche Überzeugung Mussolinis gewesen (und darin näherte er sich mehr der Politik des „Corriere della Sera", der „Stampa" und der Richtung Nitti, als jener der großen Mehrheit der Faschisten und insbesonders der Nationalisten, die späterhin in die Faschistenpartei eingetreten waren), daß Italien sich in der Fiumaner und dalmatinischen Frage nicht verrennen dürfe, die die Schaffung einer militärischen Sicherheit an der Adria unmöglich machen würde, sondern daß es sich diese Sicherheit mit Zugeständnissen an Jugoslawien verschaffen und die notwendige Bewegungsfreiheit für eine umfassende Aktion im Mittelmeer, besonders im östlichen Teile, gewinnen solle.

Die Frage Dalmatiens war tatsächlich bereits liquidiert seit dem Augenblicke, da der Triumph der reaktionären Parteien in Jugoslawien und die Unterdrückung der Bauernbewegung den italienischen Besitzern der dalmatinischen Latifundien die Sicherheit verschafft hatten, daß ihre Rechte nicht zugunsten der kroatischen Bauern geschmälert werden würden. Es besteht in Dalmatien eine Lage ähnlich jener in den baltischen Ländern und in Galizien, das heißt ein Unterschied in der Nationalität zwischen den Landbesitzern, die die Städte bewohnen, und der Masse der Bauern, die den Boden bebauen. In der ersten Thronrede, die in Belgrad nach der Rückkehr der Dynastie gehalten wurde, war angekündigt worden, daß die italienischen Besitzer der Latifundien Dalmatiens enteignet werden sollten, daß die kroatischen Bauern von den feudalen Fesseln befreit werden und eine Zuteilung von Boden erhalten sollten. Die Lage hat sich heute vollständig geändert. Schon im letzten Jahre haben die italienischen Truppen die in Dalmatien besetzten Zonen geräumt, ohne daß etwas für die Grundbesitzer Katastrophales eingetreten wäre. Die Zeitungskampagne, die von den Agrariern gefördert worden war, hatte vollständig aufgehört, und der vor kurzem abgeschlossene Vertrag hat die neue Lage stabilisiert.

Die weitere Entwicklung des neuen Kurses der italienischen Außenpolitik wird uns auf die Fragen Antwort geben, die sich heute ein Teil der Presse stellt: Ist der italienisch-jugoslawische Vertrag mehr gegen Frankreich als gegen England gerichtet? Eine objektive Prüfung der Lage und die Kenntnis der von Mussolini während seiner Laufbahn als faschistischer Zeitungsschreiber zur Schau getragenen Ansichten geben uns das Recht, schon jetzt vorauszusehen, daß im wesentlichen die italienische Außenpolitik immer mehr zu einer englandfeindlichen werden, wenn sie auch nach außenhin den Charakter des Gleichgewichts zwischen Frankreich und England bewahren wird. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Faschistenpartei als eine kleinbürgerliche nationalistische Masse die außenpolitische Einstellung der Regierung beeinflußt. Die Faschisten möchten geradezu eine Politik vollständiger Unabhängigkeit von den Hegemoniemächten durchführen, die einander heute die Weltherrschaft streitig machen. Doch zwingt offensichtlich die wirtschaftliche Schwäche Italiens zu Kompromissen zwischen den zu Zwecken der inländischen Propaganda gemachten Äußerungen und der tatsächlichen Aktion. Und deshalb wird der schwindelhafte und abenteuerliche Charakter der faschistischen Außenpolitik auch weiterhin fortbestehen.

---

# Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Dresden, 15. Januar 1924.

** Am 13. Januar haben in Sachsen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Wahlen ist von größter allgemeiner politischer Bedeutung, sowohl als Gradmesser für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen wie für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Klassen. Zwei Tatsachen sind durch den Wahlausfall voll beleuchtet worden: Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie und die Krise der faschistischen Militärdiktatur. Diese beiden negativen Erscheinungen finden positiv ihren Ausdruck in den beispiellosen Wahlerfolgen der Kommunistischen Partei.

Als die Wahlen stattfanden, hatten die letzten weißen Expeditionstruppen kaum 14 Tage Sachsen verlassen. Seit dem 26. September regierte ununterbrochen der militärische Ausnahmezustand. Seit dem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen, am 21. Oktober, herrschte der verschärfte Belagerungszustand und weiße Terror. Am 23. November wurde die KPD. verboten. Die Oktoberniederlage und die Illegalität der KPD. erzeugten zunächst eine, wenn auch nur kurze, Lähmung der kommunistischen Aktivität und Stoßkraft. Auf ökonomischem Gebiet wirkte sich die politische Offensive des Kapitals nicht weniger brutal aus wie auf militärischem. Sachsens Arbeitslose und Kurzarbeiter standen mit ihren Zahlen an der Spitze Deutschlands. (Zirka 300.000 Vollerwerbslose und 200.000 Kurzarbeiter am 1. Januar 1924!)

Die Wahlkampagne war aus verschiedenen Gründen sehr kurz. Die Propaganda und Versammlungen setzten richtig erst Anfang Januar ein. Der Beschluß des Rechtsausschusses des Reichstages gewährte den „verbotenen" Parteien eine eingeschränkte Legalität der Wahlpropaganda. Trotzdem wurde die kommunistische Arbeiterschaft mit allen Mitteln polizeilicher Schikane an der Ausübung ihrer „demokratischen Rechte" gehindert. Mit einer Massenflut von Flugblättern und Plakaten arbeiteten die bürgerlichen Parteien. Besonders die Völkischen hatten enorme Mittel für Propagandazwecke zur Verfügung. Die Wahlkampagne zeigte eine starke politische Belebung der Arbeiterschaft. Die Arbeiterversammlungen waren durchwegs sehr gut besucht, in vielen Fällen überfüllt. Sozialdemokratische Versammlungen wurden vielfach von den Anhängern der Kommunisten absolut beherrscht. Politisch stand überall die Reichs- und Landespolitik im Vordergrund, die Gemeindepolitik spielte eine höchst untergeordnete Rolle.

Die KPD. führte den Wahlkampf mit ihren Endlosungen: Politischen Massenstreik, bewaffneten Aufstand, Diktatur des Proletariats. Gegen die weiße Diktatur die rote Diktatur. Stimmenabgabe für die KPD. ist das Ausdrucksmittel für die Anerkennung der kommunistischen Grundsätze und Abkehr von der sozialdemokratischen Politik. Die VSPD. hatte in ihrer Propaganda von vornherein Verteidigungsstellung bezogen.

Zur Illustration der Wahlergebnisse seien folgende wahllos herausgegriffenen Zahlenresultate angegeben.

| | 1923 | | | 1924 | | | Veränderung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Komm. | Soz. | Bürg. | Komm. | Soz. | Bürg. | Komm. | Soz. | |
| Leipzig . . . . . | 6 | 30 | 36 | 14 | 19 | 38 | 8 | — 11 | |
| Dresden . . . . . | 4 | 38 | 42 | 10 | 21 | 44 | 6 | — 17 | |
| Chemnitz . . . . | 11 | 21 | 28 | 15 | 16 | 30 | 4 | — 5 | |
| Plauen . . . . . | 7 | 18 | 35 | 10 | 11 | 40 | 3 | — 7 | |
| Zwickau . . . . . | 3 | 16 | 17 | 8 | 13 | 27 | 5 | — 3 | |
| Aue . . . . . | 3 | 13 | 10 | 8 | 6 | 13 | 5 | — 7 | |
| Schwarzenberg . | 8 | 5 | 13 | 10 | 3 | 14 | 2 | — 2 | |
| Grimma . . . . . | 1 | 7 | 13 | 4 | 4 | 13 | 3 | — 3 | |
| | 43 | 148 | 194 | 79 | 93 | 219 | 36 | — 55 | 25 |

Ein genaues Gesamtresultat der Wahlen liegt noch nicht vor. Von amtlicher Seite ist eine Übersicht über die Wahlen in ganz Sachsen nicht zu erwarten. Nach einer eigenen Zusammenstellung des Wahlergebnisses aus den bedeutendsten großen und kleinen Städten haben in 129 Orten die Sozialdemokraten 628 und die Kommunisten 528 Sitze. In Leipzig hat die KPD. gegenüber den letzten Wahlen einen Stimmenzuwachs von 122%. Die KPD. erhielt bei den letzten Wahlen 18% der proletarischen Stimmen und am 13. Januar 41% der proletarischen Stimmen. Hatte die SPD., respektive USP., 1921 noch 82% aller proletarischen Wähler hinter sich, so jetzt nur noch 54%. Der Durchschnitt des sächsischen Wahlergebnisses liegt noch etwas über dem Leipziger Resultat.

Wie war es möglich, daß in Sachsen die Konterrevolution eine Mehrheit an Wahlstimmen erlangen konnte? Der Verrat am Sozialismus durch die Sozialdemokratie hat einen wesentlichen Teil der enttäuschten kleinbürgerlichen Schichten zu Hilfstruppen des Faschismus gemacht. Ein Teil der Arbeiterschaft hatte zwar die Kraft, mit der VSPD. zu brechen, aber noch nicht die politische Sicherheit, sich für den Kommunismus zu entscheiden. Er übte Stimmenenthaltung. Das tritt besonders anschaulich am Dresdner Ergebnis hervor. In Dresden verlor die VSPD. fast die Hälfte ihrer früheren Sitze, nämlich 17. Die KPD. hingegen gewann davon nur sechs und die Bürgerlichen zwei. Von den sozialdemokratischen Sitzen in Dresden sind neun diesmal verloren gegangen. Die Zertrümmerung der demokratischen Illusionen durch den sächsischen Anschauungsunterricht hatte also bei einem Teil der Arbeiterschaft noch nicht sofort einen Bruch und aktiven Kampf gegen diese Illusionen zur Folge, sondern zunächst Resignation. Es kommt hinzu, daß die Bourgeoisie alle Reserven mobilisierte und mit der Presse, Reichswehr, Unternehmerterror ökonomisch und politisch in allen Bevölkerungskreisen arbeitete, während die KPD. sich auf die Arbeiterklasse beschränken mußte.

Der Ausfall der Wahlen zeigt die tiefe Krise der Militärdiktatur. Die Bewegung der Arbeiter in vielen Bezirken ist so breit, daß sie entweder die Militärdiktatur ignoriert, oder den Ausnahmezustand auf jede Weise durchlöchert. In vielen Orten hat die „verbotene" KPD. ganz offen unter ihrem Namen die Propaganda geführt.

Die Katastrophe der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen offenbar wurde, ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische Presse hat dies selbst anerkennen müssen. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem einige Prozent stärker aus den Wahlen hervorgegangen ist als die KPD., so verdankt sie das den vielen Frauenstimmen, die noch für die SPD. abgegeben wurden. Die „Leipziger Volkszeitung" sieht bereits das Schicksal des deutschen Menschewismus voraus. Sie stimmt am Tage nach der Wahl folgenden Schwanengesang an:

„Die deutsche Sozialdemokratie steht vor folgenschweren Entscheidungen, die auf dem kommenden Reichsparteitag zu treffen sind. Beispiele schrecken. Man denke zurück an die Haltung der russischen Sozialdemokratie vor der Oktoberrevolution des Jahres 1917. Wenige Wochen vor dem Siege der Bolschewiki waren die Menschewiki die Arbeiterpartei Rußlands schlechthin. Sie verfügten über einen ungeheuren Schatz des Vertrauens, der binnen weniger Wochen vertan worden ist. Und wenn auch damals die wirtschaftlichen Verhältnisse die besten Wegbereiter für

ie Bestrebungen der Kommunisten waren, so müssen doch die rfahrungen der letzten Monate in Deutschland lehren, daß man ntweder nur den staatspolitischen Illusionen folgen kann oder ber den Interessen des Proletariats, der Arbeiterklasse dienen."

Die Kommunistenhetze der deutschen sozialdemokratischen Presse vor und nach den Wahlen wird wesentlich dazu beitragen, as Schicksal der russischen Menschewiki zum Schicksal der /SPD. zu machen.

Die Ursache des sozialdemokratischen Zusammenbruches ind hinlänglich bekannt. Es ist unnötig, in diesem Zusammenang darauf einzugehen. Eins muß jedoch betont werden. Nicht ur der Zusammenbruch der VSPD. im allgemeinen ist in Sachsen rfolgt, sondern die Liquidierung des revolutionären Prestiges und Einflusses der linken sozialdemokratischen Führer bei den sozialdemokratischen Massen. In ihrem Scheinkampfe mit der Ebert-Clique trumpften die linken Schwätzer damit auf, daß sie in Sachsen die Partei gerettet und keine Verluste erlitten hätten. Stampfer hat nach der Wahl im „Vorwärts" alle Register gezogen, um die Linken und den Zusammenbruch ihrer Politik auf offenem Markt zu feiern.

Die sächsische Regierung der großen Koalition hat in ihrer Ergebenheitsadresse an die Reichsregierung und an den General Müller, die sie am 15. Januar als Regierungserklärung im sächsischen Landtag abgab, überhaupt nicht den Mut gefunden, die Frage der Gemeindewahlen zu berühren. Die Große Koalition weiß warum. Sie ist zustande gekommen gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die jetzige Regierung ist infolgedessen eine Minderheitsregierung. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen verschiebt jedoch auch parlamentarisch das Bild noch mehr zuungunsten dieser Minderheitsregierung von Müllers Gnaden. Wenn jetzt Neuwahlen zum sächsischen Landtag stattfinden, dann ist auch die Bildung einer Großen Koalition in Frage gestellt. Auf Grund des Wahlresultats vom 13. Januar würden die Kommunisten im sächsischen Landtag mit 24 Abgeordneten, Deutschnationale und Völkische sicher mit 26 Abgeordneten einziehen. Gegenüber diesen beiden Flügeln bringen Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei nur 46 Sitze auf. Sie befinden sich also in der Minderheit. Die Geburtsstunde der Großen Koalition in Sachsen ist zugleich ihre Todesstunde. Die sozialdemokratischen Führer, die gerade nach den Wahlen sehr stark betonen, daß sie zehnmal lieber mit der Bourgeosie, als mit den kommunistischen Arbeitern ein Bündnis schließen, sind infolge dieser Lage gezwungen, bei Bildung einer Koalitionsregierung ganz unverhüllt mit den Völkischen zu paktieren. Der Kapitalismus schafft in Sachsen eine solche Verschärfung der Klassengegensätze, daß darüber alle parlamentarischen Rechenkünste und Kombinationen der Burgfriedenspolitiker zu Schanden werden. Sachsen ist das erste Land, wo durch den Vormarsch des Kommunismus auch parlamentarisch der Sozialdemokratie die halbe Verschleierung ihres Bündnisses mit dem monarchistischen Faschismus durch eine sogenannte Große Koalition unmöglich gemacht wird. In Sachsen wird die Sozialdemokratie zum ersten Male praktisch vor die Frage einer offenen parlamentarischen Koalition mit den Deutschnationalen gestellt.

Die Kommunistische Partei hatte in Sachsen die Kraft, die Monopolstellung der VSPD. innerhalb der sächsischen Arbeiterschaft zu zerschlagen. Noch reichte jedoch diesmal die Stoßkraft der Kommunisten nicht aus, sich selbst das Monopol der Führung innerhalb der Arbeiterklasse zu sichern. In radikaler Weise das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte zu beseitigen und die absolute große Mehrheit der Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb der Betriebe politisch und organisatorisch zu sammeln, das ist die unmittelbare Aufgabe, die die KPD. in den nächsten Wochen erfolgreich lösen muß.

# Union der Sowjetrepubliken

## Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre.

**Wortlaut der Amnestieverordnung des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjet-Union.**

** In Anbetracht dessen:

daß der Strafvollzug an den durch den Obersten Gerichtshof des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses wegen schwerster Staatsverbrechen: — Organisierung von terroristischen Aktionen gegen Vertreter der Sowjetmacht, Vorbereitung und Führung von bewaffneten Aufständen und Unterhaltung von Beziehungen mit ausländischen Mächten zum Zwecke des Sturzes der Sowjetmacht — zum höchsten Strafausmaß (Tod durch Erschießen. Die Red.) verurteilten Mitgliedern des Zentralkomitees der rechten SR., den Bürgern **A. R. Goz, D. D. Donskoj** und anderen durch eine Verordnung des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses unter der Bedingung ausgesetzt wurde, daß die Partei der Sozialrevolutionäre — wie die oben erwähnte Verordnung lautet — „ihre unterirdisch-konspirative, terroristische Militärspionage und aufständische Tätigkeit gegen die Macht der Arbeiter und Bauern in Wirklichkeit einstellt";

daß den erwähnten Maßnahmen seinerzeit ausschließlich Erwägungen im Interesse der Sicherung der Sowjetrepublik gegenüber der möglichen Fortsetzung einer ähnlichen Tätigkeit seitens der Gesinnungsgenossen der Verurteilten zugrunde lag, wobei der Zentrale Vollzugsausschuß erklärte, „daß die Partei der SR., wenn sie ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit wirklich einstellt, dadurch ihre verurteilten Führer von dem höchsten Strafausmaß selbst befreien würde";

daß ferner — obwohl während der vergangenen eineinhalb Jahre die Partei der rechten SR. ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit weder auf dem Gebiete der Agitation noch der Propaganda für den Sturz der Sowjetmacht innerhalb des Landes; noch ferner ihre verräterische Tätigkeit im Auslande gegenüber den Arbeitern und Bauern mittels Organisierung und Vorbereitung bewaffneter Interventionen wirklich eingestellt hatte — nichtsdestoweniger diese Tätigkeit eines Häufleins erboster Emigranten, die mit den werktätigen Massen der Sowjet-Union jede Verbindung verloren haben und der innerhalb des Landes zerstreuten Gruppen ihrer Gesinnungsgenossen angesichts der allgemeinen auf der Entwicklung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beruhenden Befestigung der innerpolitischen Lage der Sowjetmacht, angesichts des zunehmenden Vertrauens der werktätigen Massen zur Sowjetregierung und als Resultat dessen der Erhöhung der internationalen Bedeutung der Sowjetmacht, nunmehr keine ernste Gefahr darstellen kann;

daß endlich die Haltung der Verhafteten während der seit dem Urteil vergangenen eineinhalb Jahre sie gleichfalls nicht als so gefährlich erscheinen läßt, daß die Notwendigkeit der Vollstreckung des Urteils an den Verurteilten begründet wäre,

**beschließt das Präsidium des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjet-Union:**

1. Den Beschluß des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses über die bedingte Aussetzung der Vollstreckung des Urteiles des Obersten Gerichtshofes gegenüber den Bürgern **A. R. Goz, D. D. Donskoj, L. J. Gerstein, M. J. Gendeljman, M. A. Lichatsch, N. N. Iwanow, E. M. Ratner, E. M. Timofjejew, W. W. Agapow, A. I. Altowski** und **E. A. Iwanowa** einer Revision zu unterziehen und das über sie verhängte höchste Strafausmaß in eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, mit strenger Einzelhaft zu verwandeln.

2. Dementsprechend die über die vom Obersten Gerichtshof verurteilten **A. B. Liberow, N. I. Artemjew, D. F. Rakow, F. F. Fedorovitsch, M. A. Wedenjapin** verhängte Gefängnisstrafe auf fünf Jahre, die Gefängnisstrafe der verurteilten **W. L. Utgoff, E. S. Berg, M. L. Lwow** auf zweieinhalb Jahre zu verkürzen.

3. Jenen Verurteilten, die nach Einberechnung der Präventivhaft sofort auf freien Fuß zu setzen sind, den Aufenthalt in allen industriellen und dichtbevölkerten Ortschaften der Sowjet-Union auf drei Jahre zu verbieten. Der Staatlichen politischen Verwaltung wird die Bestimmung des Aufenthaltsortes überlassen. Die betreffenden Personen werden der Aufsicht der entsprechenden lokalen Sektion der staatlichen politischen Verwaltung unterstellt.

4. Mit der Durchführung der vorliegenden Verordnung wird die Staatsanwaltschaft beauftragt.

**Der Vorsitzende des Zentralen Vollzugsausschusses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:**

M. Kalinin.

**Der Sekretär des Zentralen Vollzugsausschusses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:**

A. Enukidse.

**Moskau, Kreml, am 14. Januar 1924.**

# Deutschland

## Der Lohnsteuerskandal in Deutschland.

Von Emil Höllein, M. d. R. (Berlin).

** Schon in Friedenszeit nahm Deutschland in der Frage der Besteuerung des Arbeitereinkommens eine sehr unrühmliche Sonderstellung unter den übrigen kapitalistisch regierten Ländern ein. Während außerhalb Deutschlands die unteren Einkommensteuergrenzen fast überall so hochgerückt waren, daß das Gros der Hand- und Kopfarbeiter von der Zahlung von Einkommensteuern von ihren Arbeitslöhnen praktisch verschont blieb, wurde in allen deutschen Bundesstaaten selbst das dürftigste Existenzminimum mehr oder minder rücksichtslos zur Staats- und zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen. Und zwar unbekümmert darum, daß dieselben Erwerbskreise ohnehin durch drückende indirekte Steuern und Abgaben aller Art, die vom Reich, Staat und Gemeinde erhoben wurden, steuerlich bereits sehr stark vorbelastet waren.

An dieser steuerlichen Ausbeutung der breiten Hand- und Kopfarbeitermassen in Deutschland hat weder die sogenannte Revolution von 1918 noch die Errichtung der „Demokratischen Republik" das geringste geändert. Im Gegenteil schuf sie für die Besitzenden — trotz aller konfiskatorischen Steuertarife auf dem Papier — praktisch nicht nur nahezu völlige Steuerfreiheit, sondern eröffnete ihnen zugleich auch noch allerlei Möglichkeiten, um selbst aus den Steuerleistungen der Arbeiter- und Konsumentenmassen noch gewaltige Sonderprofite zu ziehen. Entfielen doch im Vorjahre von den gesamten eingegangenen Einkommensteuern viele Monate hindurch 90 und mehr Prozent auf den Steuerabzug vom Arbeitslohn, während außerdem das Großkapital die den Arbeitern und Verbrauchern jeweils in vollwertigem Gelde abgeknöpften Lohn-, Umsatz-, Kohlensteuern, Zölle und Verbrauchsabgaben erst nach Monaten und immer nur in stark entwertetem Gelde an die Reichskasse abführte und daneben gleichzeitig aus der verbrecherischen Reichsbankkreditpolitik des Herrn Havenstein noch weitere zahllose Goldmillionen für sich herauszuschlagen verstand.

Die skandalöseste Leistung der neudeutschen Republik auf dem Gebiete der Steuerauswucherung des Proletariats war jedoch neben den „Ausbau" der lawinenhaft verteuernd wirkenden Umsatzsteuer ganz unzweifelhaft die Einführung der **Lohnsteuer** in der Form des unmittelbaren Abzuges vom Arbeitslohn. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten wird bei jeder Lohn- oder Gehaltzahlung ein erheblicher Prozentsatz ihrer sauer verdienten Bezüge vom Unternehmer im Auftrage des Steuerfiskus einbehalten. So müssen die Lohn- und Gehaltempfänger ihre Einkommensteuer laufend bei jeder Lohn- und Gehaltzahlung zu ihrem tatsächlichen jeweiligen Kaufkraftwert entrichten. Die kapitalskräftigen Kreise dagegen wurden bisher immer erst nachträglich für das von ihnen im abgelaufenen Kalenderjahr erzielte Einkommen veranlagt. Ganz abgesehen davon, daß ihnen durch die raffiniert ausgeklügelten Einzelbestimmungen des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit in die Hand gegeben wurde, ihr wirkliches Einkommen zu verschleiern.

Gegen diese ausnahmegesetzliche Steuerbehandlung der Hand- und Kopfarbeiterschaft haben die Kommunisten von Anfang an — die Lohnsteuer wurde im Juli 1921 geschaffen — einen ebenso rücksichtslosen wie entschlossenen Kampf geführt. Aber auch hier stießen sie auf fanatischen Widerstand des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Reformismus, der ihnen jedesmal in den Rücken fiel und dabei sogar vor offenster brutalster Gewaltanwendung gegen die rebellierenden Arbeitermassen (siehe den gewaltigen Lohnsteuerstreik der württembergischen Arbeiterschaft im August 1921) nicht zurückschreckte. Die Sozialdemokraten waren und sind inner- und außerhalb des Parlaments stets die eifrigsten Stützen und Befürworter des Steuerabzuges vom Arbeitslohn. Im Reichstag haben sie allezeit Arm in Arm mit den berufsmäßigen bürgerlichen Steuersaboteuren alle kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Lohnsteuerskandals geschlossen niedergestimmt.

Nun, unter der Militärdiktatur, geht die Bourgeoisie natürlich noch weiter. Auf Grund des ihr von den Sozialdemokraten pudelgehorsam apportierten Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 hat die Marx-Regierung das **Lohnsteuerausnahmegesetz** gegen das Proletariat (neben der gleichzeitig von 2 auf 2½% erhöhten **Umsatzsteuer**) schlechtweg zur **tragenden Säule ihres ganzen Finanzrettungsprogramms gemacht.** Während sie den Kapitalisten für ihren systematischen Steuerbetrug in den letzten Jahren durch die Nacherhebung eines lächerlich geringen Steuersatzes großmütig Absolution erteilte, legte sie auf die ohnehin nominell bereits ungeheuerlich gekürzten und durch die erdrückende indirekte Steuerlast in ihrer Kaufkraft bereits so stark ausgehöhlten Löhne und Gehälter der Hand- und Kopfarbeiterschaft noch eine unmittelbare Lohnsteuer, die in ihrer Höhe das Zwei- und Mehrfache der Vorkriegssteuerbelastung ausmacht.

Zur besseren Illustrierung der auspowernden Wirkungen der am 19. Dezember 1923 durch Ermächtigungsgesetzverordnung abgeänderten Lohnsteuer lassen wir zwei vergleichende Übersichten folgen, die die **nominelle** und die **reale** Steuerbelastung des Arbeitseinkommens der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten vor dem Kriege und heute deutlich erkennen lassen.

In der ersten Übersicht wird **rein nominell** die Lohnsteuerbelastung für dasselbe zahlenmäßige Einkommen nebeneinander gestellt. Zum Vergleich haben wir dabei die im Jahre 1914 in Preußen erhobenen Staatseinkommensteuersätze zuzüglich eines 100%igen Zuschlages für die heute in Wegfall gekommene Gemeindeeinkommensteuer herangezogen.

### I. Vergleichende Übersicht über die *nominelle* Lohnsteuerbelastung 1914 in Preußen und 1924 im Reiche

| Einkommen pro | | Lohnsteuerbelastung 1914 in Preußen*) | | | | | | 1924 im Reiche | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Lediger | | | Verheirateter mit 2 Kindern | | | Lediger | | | Verheirateter mit 2 Kindern | | |
| Woche Mark | Jahr Mark | pro Woche | pro Jahr | % des Eink. | pro Woche | pro Jahr | % des Eink. | pro Woche | pro Jahr | % des Eink. | pro Woche | pro Jahr | % des Eink. |
| 12.— | 624.— | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 13.— | 676.— | — | — | — | — | — | — | 0.10 | 5.20 | 0.8 | 0.07 | 3.64 | 0·5 |
| 15.— | 780.— | — | — | — | — | — | — | 0.30 | 15.60 | 2.0 | 7.21 | 10.92 | 1.4 |
| 17.— | 884.— | — | — | — | — | — | — | 0.50 | 26.— | 2.9 | 0.35 | 18.20 | 2.1 |
| 20.— | 1040.— | 0.23 | 12.— | 1.1 | — | — | — | 0.80 | 41.60 | 4.0 | 0.56 | 29.12 | 2.8 |
| 23.— | 1196.— | 0.35 | 18.— | 1.5 | 0.23 | 12.— | 1.0 | 1.10 | 57.20 | 4.8 | 0.77 | 40.04 | 3.3 |
| 25.— | 1300.— | 0.48 | 25.20 | 1.9 | 0.35 | 18.— | 1.4 | 1.30 | 67.60 | 5.2 | 0.91 | 47.32 | 3.6 |
| 28.— | 1456.— | 0.65 | 33.60 | 2.3 | 0.48 | 25.20 | 1.7 | 1.60 | 83.20 | 5.7 | 1.12 | 58.24 | 4.0 |
| 31.— | 1612.— | 0.85 | 44.10 | 2.7 | 0.65 | 33.60 | 2.1 | 1.90 | 98.80 | 6.1 | 1.33 | 69.16 | 4.3 |
| 34.— | 1768.— | 1.05 | 54.60 | 3.1 | 0.85 | 44.10 | 2.5 | 2.20 | 114.40 | 6.5 | 1.54 | 80.08 | 4.5 |
| 40.— | 2080.— | 1.25 | 65.10 | 3.1 | 1.05 | 54.60 | 2.6 | 2.80 | 145.60 | 7.0 | 1.96 | 101.92 | 4.9 |
| 46.— | 2392.— | 1.45 | 75.60 | 3.2 | 1.25 | 65.10 | 2.7 | 3.40 | 176.80 | 7.4 | 2.38 | 123.76 | 5.2 |
| 51.— | 2652.— | 1.77 | 92.40 | 3.4 | 1.45 | 75.60 | 2.8 | 3.90 | 207.80 | 7.7 | 2.73 | 141.96 | 5.4 |
| 57.— | 2964.— | 2.10 | 109.20 | 3.7 | 1.77 | 92.40 | 3.1 | 4.50 | 234.— | 7.9 | 3.15 | 163.80 | 5.5 |

*) Der Berechnung sind zugrundegelegt die Staatseinkommensteuersätze zuzüglich eines 100%igen Zuschlages für Gemeindeeinkommensteuer.

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich zunächst, daß selbst die nominelle Steuerfreiheitsgrenze von der Diktatur-Regierung ganz bedeutend heruntergedrückt wurde. Während vor dem Kriege in Preußen jedes Einkommen bis 900 Mark überhaupt einkommensteuerfrei blieb und sich diese Steuerfreiheitsgrenze beim Vorhandensein von 2, 4, 6, 8 usw. unterhaltsberechtigten Familienangehörigen (außer der Ehefrau) um weitere 1, 2, 3, 4 usw. Steuerstufen erhöhte, wird heute bereits jeder Wochenlohn über 12 Mark (Jahreseinkommen 624 Mark) lohnsteuerpflichtig, sofern sein Bezieher nicht mindestens zehn Familienangehörige zu unterhalten hat. Schon bei einem Hungerwochenlohn von 17 Mark muß ein Lediger 2·9% und ein Verheirateter mit zwei Kindern 2·1% seines Einkommens für die Lohnsteuer hergeben. Die Steuerbelastung eines Ledigen mit 20 Mark Wochenlohn, die im Frieden nur 1·1% betrug, beziffert sich dagegen bereits auf 4% und macht für den Verheirateten mit zwei Kindern, der im Frieden in dieser Stufe noch ganz steuerfrei blieb, 2·8% aus. Und während 1914 in Preußen die Wochensteuerleistung eines Ledigen mit 20 Mark Wochenlohn nur 0·23 Mark betrug und sich in neun Stufen aufwärts bis zu einem Jahreseinkommen von nicht ganz 3000 Mark allmählich auf 2·10 Mark erhöhte, was einer prozentualen Belastung von 1·1 bis 3·7 entsprach, muß er heute für dasselbe nominelle Rentenmarkeinkommen mit bedeutend geringerer Kaufkraft schon 0·80 bis 4·50 Mark pro Woche oder 4 bis 7·9% seines Einkommens an Lohnsteuer entrichten. Für den Verheirateten mit zwei Kindern betrug die Wochensteuerbelastung bei einem Wochenverdienst von 23 Mark ab bis zu 57 Mark von 0·23 Mark hinauf bis 1·77 Mark oder 1 bis 3·1%, wogegen heute für dieselben Nominaleinkommen wöchentlich 0·77 bis 3·15 Mark oder 3·3 bis 5·5% des Einkommens an Lohnsteuer entrichtet werden müssen.

Doch die wirkliche derzeitige Steuerbelastung des Arbeitslohnes gegenüber der Friedenszeit wird erst aus der folgenden zweiten Übersicht ganz ersichtlich, in der das auf der Basis der Friedenskaufkraft umgerechnete heutige Realeinkommen dem Friedenseinkommen und der darauf ruhenden Steuerbelastung gegenübergestellt wird.

## II. Vergleichende Übersicht über die *reale* Lohnsteuerbelastung 1914 in Preußen und 1924 im Reiche.

| 1924 im Reiche | | | | 1914 in Preußen | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahreseinkommen | | Lohnsteuerbelastung für einen | | Lohnsteuerbelastung desselben Realeinkommens für einen | | | |
| | | | | Ledigen | | Verheirateten mit 2 Kindern | |
| nominell in Rentenmark | real in Friedensmark*) | Ledigen % | Verh. m. 2 Kind. % | Mark | % | Mark | % |
| 624.— | 390.— | — | — | — | — | — | — |
| 676.— | 422.50 | 0.8 | 0.5 | — | — | — | — |
| 780.— | 487.50 | 2.0 | 1.4 | — | — | — | — |
| 884.— | 552.50 | 2.9 | 2.1 | — | — | — | — |
| 1040.— | 650.— | 4.0 | 2.8 | — | — | — | — |
| 1196.— | 747.50 | 4.8 | 3.3 | — | — | — | — |
| 1300.— | 812.50 | 5,2 | 3.6 | — | — | — | — |
| 1456.— | 910.— | 5.7 | 4.0 | 12.— | 1.3 | — | — |
| 1612.— | 1007.50 | 6.1 | 4.3 | 12.— | 1.2 | — | — |
| 1768.— | 1105.— | 1.5 | 4.5 | 18.— | 1.6 | 12.— | 1.1 |
| 2080.— | 1300.— | 7.0 | 4.9 | 25.20 | 1.9 | 18.— | 1.4 |
| 2392.— | 1495.— | 7.4 | 5.2 | 33.60 | 2.2 | 25.20 | 1.7 |
| 2652.— | 1675.50 | 7.7 | 5.4 | 54.60 | 3.3 | 44.10 | 2.7 |
| 2964.— | 1852.50 | 7.9 | 5.5 | 65.10 | 3.6 | 54.60 | 3.0 |

*) Als Umrechnungsgrundlage für das Realeinkommen wurde der allgemeine Weltentwertungsfaktor: 1 Friedensmark = 1.60 Rentenmark angenommen.

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich, daß gewissermaßen als Ausdruck der republikanischen Steuerdemokratie heute bereits Jahreseinkommen mit einer Friedenskaufkraft von nur 422·50 Mark lohnsteuerlich erfaßt und sechs, beziehungsweise acht Einkommensteuerstufen, die im Frieden vollkommen steuerfrei blieben, bei Ledigen mit 0·8 bis 5·2% und bei Verheirateten mit zwei Kindern mit 0·5 bis 4·3% Lohnsteuer belegt wurden. Bei einem Realeinkommen von 1852·50 Mark beträgt heute die Lohnsteuerbelastung bei einem Ledigen 7·9 und bei einem Verheirateten mit zwei Kindern 5·5%, während sie sich im Frieden auf nur 3·6 und 3% bezifferte.

Allein so ungeheuerlich dieser Vergleich an sich auch erscheint, er erschöpft noch keineswegs die gesamte heutige Steuerauspowerung der Lohn- und Gehaltsempfängerschaft. Denn vor dem Kriege waren die indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben noch lange nicht so hoch und drückend wie heute. Es existierte vor allem noch nicht das **Juwel der Massensteuerausplünderung, die Umsatzsteuer,** die seit Beginn dieses Jahres auf 2·5% erhöht ist und in ihrer Auswirkung schon ganz für sich allein eine durchschnittliche Sonderbelastung des Arbeitseinkommens von mindestens 10% ausmacht.

Wie der Augenschein lehrt, versteht es die Bourgeoisie, die ihr von den Sozialdemokraten feige zugestandene „legale" Diktatur auch auf dem Gebiete des Steuerwesens meisterhaft für die Schonung des Geldsackes und für die gleichzeitige restlose Ausplünderung der verhungerten Arbeitermassen und der versinkenden Mittelschichten auszunutzen.

**Steuerfragen sind und waren zu allen Zeiten Machtfragen,** die nur durch Machtkämpfe zwischen den Klassen entschieden werden können. Die große historische Schuld, an der derzeitigen schamlosen Steuerausplünderung der ehrlichen Arbeit, fällt daher in ihrer ganzen Schwere vor allem auf die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer, die gestern und heute die Austragung des unvermeidlichen Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit allen, selbst den erbärmlichsten Mitteln, sabotiert und verhindert haben und ihre kapitalsrettende Schandarbeit auch in Zukunft unentwegt fortsetzen werden, solange ihnen dazu die Möglichkeit gegeben wird.

---

## Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats.

Von Max Dörr (Berlin).

** Die Statistik des Deutschen Reiches und der Länder bleibt weit hinter den Vorgängen, die sie erfassen soll, zurück. Eine ungefärbte Zahlenangabe, in der sich die Not der Arbeiterklasse widerspiegelt, erscheint offenbar den Hauptschuldigen an der Verelendung des deutschen Poletariats zurzeit nicht erwünscht. In den statistischen Communiqués fehlt zum Beispiel eine Angabe über Hungertodesfälle vollständig, während Dr. Freudenberg in den statistischen Vierteljahrsberichten der Stadt Berlin mitteilt, daß seit 1922 allein in Berlin 105 Menschen als verhungert amtlich festgestellt wurden und daß deren Zahl in Wirklichkeit noch weit größer sein dürfte.

Die staatliche Statistik ist also unrichtig; dazu kommt noch, daß sie zeitlich erst lange nach den erfaßten Vorgängen veröffentlicht wird. Auch die mitgeteilten Angaben des Dr. Freudenberg reichen nur bis zum Oktober 1923. Daher kommt es, daß alle Veröffentlichungen in der deutschen und in der ausländischen Presse über die steigende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse in den letzten Monaten mehr auf Schätzungen als auf exakte Zahlen beruhen.

Genaueres Material bietet das nachfolgend veröffentlichte Dokument, das der Bezirksbürgermeister Leid der Berliner Zentralverwaltung als Material überreichte. Der Bericht umfaßt Zustände bis zum 4. Jänner 1924 im Berliner Verwaltungsbezirk Wedding, einem ausgesprochenen Arbeiterquartier, von dessen 350.400 Einwohnern 98% der werktätigen Bevölkerung angehören.

**Abschrift.**

Stadt Berlin. Bezirksamt Wedding, Berlin N. 65, Exerzierstraße 11a.

Tgb. Nr. B. A. Wdg. , Berlin, den 4. Januar 1924.

Zum Schreiben vom 27. Dezember 1923. Jug. I 1/23.

Die Notlage der Bevölkerung im Verwaltungsbezirk Wedding wird durch folgende Ziffern beleuchtet:

Am 31. Dezember 1923 wurden aus öffentlichen Mitteln folgende Personen unterstützt:

| | |
|---|---|
| 30.041 Erwerblose. Davon 18.025 Verheiratete zu 4 Köpfen gerechnet | 72.100 |
| 12.016 Ledige | 12.016 |
| Sozialrentner | 7.534 |
| Almosenempfänger (laufend unterstützt) | 3.077 |
| Pflegegeldempfänger | 890 |
| Kleinrentner | 935 |
| Einmalige Unterstützte | 3.729 |
| Waisenkinder | 743 |
| Kriegsbeschädigte | 1.998 |
| Kriegerwitwen | 2.580 |
| Kriegerwaisen | 5.587 |
| Dazu kommen noch 14.500 Kurzarbeiter zu 4 Köpfen gerechnet | 58.000 |
| Insgesamt also | 169.189 |

Personen bei einer Bevölkerungszahl von 350.400

Auch die Wohnungsverhältnisse beleuchten die soziale Lage der Bevölkerung des Bezirkes Wedding. Im ganzen sind vorhanden: 105.885 Wohnungen.

Davon sind 90.843 kleine Wohnungen bis zu 2 Wohnräumen, 13.054 mittlere Wohnungen bis zu 3 bis 4 Wohnräumen, 1807 größere Wohnungen, 181 große Wohnungen.

Im Monat Dezember wurden unterstützt: 3967 laufend Unterstützte mit 35,285.464 Milliarden Mark, 3729 einmalig Unterstützte mit 9,681.439 Milliarden Mark.

Durch die Armenspeisung wurden im Monat Dezember 1923 181.012 Portionen, durch die Volksspeisung 30.375 unentgeltliche und 6615 verbilligte Portionen verausgabt.

Durch die staatliche Brotverbilligung wurden im Dezember 5052 Familien mit 10.474 Kindern, 1679 andere bedürftige Personen mit je 40% Brotverbilligung unterstützt.

Durch die Bäckermeister Groß-Berlins wurden 6200 Personen mit je 5% Verbilligung unterstützt.

Vom evangelischen Frauenverein, Vaterländischen Frauenverein und der Internationalen Arbeiterhilfe wurden Eßküchen im Bezirk eingerichtet.

Durchführung des Notdienstes der Frauen in Verbindung mit dem Wohlfahrtsamt:

Speisung und Weihnachtsfeier von über 1000 Personen am Weihnachtsabend aus aufgebrachten Mitteln der Reichswehr. Speisung durch Gulaschkanonen am selben Tage durch Vermittlung des Notdienstes und des Wohlfahrtsamtes. Die Firma Wittler spendete wöchentlich 70 Brote zur unentgeltlichen Verteilung. 70 Personen erhielten Privatmittagtisch in Familien der demokratischen Partei. Eine Butterspende für tuberkulose Famlien wurde verteilt. Österreichische Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen für Mittelstand und kinderreiche Familien.

**Das Jugendamt berichtet:**

Infolge der steigenden Erwerbslosigkeit hat das Kinderelend im Bezirk Wedding einen geradezu grausigen Umfang angenommen. Bei 8000 Säuglingen und Kleinkindern sind nach den Feststellungen der Bezirksfürsorgestellen rund 6000 ohne zureichende Wäsche. 2000 sind ohne eigenes Bett. Die übrigen leiden insbesondere durch fehlende Heizungsmöglichkeit der Wohnungen und mangelnde Ernährung. Private Hilfe ist mit Ausnahme von 700 Portionen Quäkerspeisung nicht gewährt worden. Durch die Milchverbilligungsaktion wird nur eine geringe Linderung geschafft. Es fehlen für 3000 Kinder und für zirka 800 Schwangere medizinische Zusatznahrungsmittel. Allgemeine Zusatznahrung fehlt für mindestens weitere 5000 Kinder. Durch Nichtbereitstellung dieser Fehlmenge wöchentlich neue Erhöhungen der Krankheitsziffern. An Stelle der täglich ausgegebenen 700 Portionen Quäkerspeisung für Kleinkinder werden mindestens 7000 benötigt. Ebenso ist die Zahl von 350 Portionen für werdende Mütter viel zu gering; um den dringendsten Bedarf zu decken, wäre auch hier eine Erhöhung auf das Zehnfache äußerst notwendig.

Von den zirka 40.000 Schulkindern des Bezirks sind 25.000 ohne ausreichende Bekleidung. Für 15.000 fehlt Wäsche und warme Unterkleidung fast vollständig. Im Besitz von wetterfestem Schuhwerk sind nur eine geringe Anzahl der 40.000 Schulkinder. Schulversäumnisse bis zu 10% der Belegungsziffer der Schulen. Eine große Zahl der Schulkinder ist infolge vorstehender Umstände mit Hautkrankheiten und Ungeziefer behaftet. Durch Wohnungselend und ungeheizte Aufenthaltsräume ist die Schuljugend besonderen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Notwendig sind die Bereitstellung von geheizten Räumen mit Beschäftigungsmöglichkeit unter geeigneter Aufsicht. Bewegungsspiele im Freien können wegen fehlender Kleidung nicht durchgeführt werden. Durch Auslandhilfe und private Spenden erhalten bis jetzt täglich zirka 12.000 Schulkinder Zusatznahrung. Für weitere 18.000 ist Zusatznahrung unbedingt erforderlich.

Wegen Stellen- und Geldmangel kann Erholungsverschickung zurzeit nicht vorgenommen werden. 10.000 dringlich befundene Anträge müssen unberücksichtigt bleiben.

Für schulentlassene Jugend, deren Not besonders groß ist, bis jetzt keine Hilfe. 80% davon sind erwerbslos. Ernährung und Bekleidung fehlen. Folge davon ist die Zunahme der Kriminalfälle, Demoralisation täglich weiter umsichgreifend. Entstehende Schäden sind nicht wieder gutzumachen. Neben Ernährung, Bekleidung ist Beschäftigung notwendig. Unterbringung auf dem Lande zurzeit fast unmöglich. Gez. Leid.

# Wirtschaft

## Das Weltwirtschaftsjahr 1923.

Von E. Varga.

** Das Wirtschaftsjahr 1923, das fünfte seit Beendigung des Weltkrieges, hat die erwartete Konsolidierung des Kapitalismus im Weltmaßstabe nicht gebracht. Die Krise des Kapitalismus wurde auch in diesem Jahre nicht überwunden. Es zeigte sich auch in diesem Jahre mit großer Klarheit, daß eine einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft mit einer einheitlichen Konjunktur, mit dem das kapitalistische Wirtschaftssystem kennzeichnenden Wechsel von Krise und Aufstieg, gegenwärtig nicht vorhanden ist. Während in den Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des Jahres eine Hochkonjunktur von sehr großer Intensität zustande kam, verharrt das Wirtschaftsleben Europas mit kleinen Schwankungen, je nach den einzelnen Ländern, weiterhin im Stadium der Krise. Am bezeichnendsten hierfür ist vielleicht die Tatsache, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa Ende 1923 bedeutend größer ist, als es Ende 1922 der Fall war.

Diese Zerklüftung der Weltwirtschaft in verschiedene Teile, die ihre eigene Entwicklung durchmachen, macht es unmöglich, ein einheitliches Bild der ganzen Weltwirtschaft zu zeichnen: Man muß die wichtigsten Gebiete einzeln betrachten.

### Amerika.

Aus dem Gesamtbild der kapitalistischen Welt hebt sich mit seiner besonderen Entwicklung vor allem Amerika heraus, wobei wir vor allem an die Vereinigten Staaten und Kanada denken: Die südamerikanischen Staaten zeigen in manchen Beziehungen ein etwas verschiedeneres Bild. Wie wir bereits erwähnten, ist die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte 1923 zu einer starken Hochkonjunktur emporgestiegen. Diese Konjunktur kulminierte ungefähr im April-Mai. Die Produktion erreichte damals eine Stufe, die ungefähr um 25% jene der besten früheren Jahre überragte. Um die Mitte des Jahres trat ein Abflauen der Konjunktur ein, ohne daß es zu einer Krise gekommen wäre. Die Produktion und das ganze Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten und Kanadas bewegen sich auf einem ziemlich hohen Konjunkturniveau weiter, ohne daß bisher klare Zeichen einer bevorstehenden Krise konstatierbar wären. Wir wollen damit nicht sagen, daß diese Krise nicht bald eintreten wird. Nach der allgemeinen Erfahrung der kapitalistischen Produktion dürfte dies in nicht ferner Zeit der Fall sein. Aber objektive Zeichen hierfür sind, soweit wir es überblicken können, vorläufig nicht aufzeigbar.

Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß diese Hochkonjunktur in Amerika voll und ganz auf die Bedürfnisse des inneren Marktes basiert. Besonders bezeichnend ist hierbei, daß der Außenhandel der Vereinigten Staaten in der Periode der höchsten Konjunktur, also in den Monaten März, April, Mai und Juni, einen Einfuhrüberschuß hatte, was in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine seltene Ausnahme bildet. Mit dem Abflauen der Konjunktur ändert sich dies, und die Vereinigten Staaten zeigen von Juli an wieder eine stark aktive Handelsbilanz, die vor allem durch eine starke Abnahme des Imports bei einer geringen Zunahme des Exports entstanden ist. Dies deutet zugleich die Tatsache an, daß eben infolge des Abflauens der Konjunktur in den Vereinigten Staaten die Notwendigkeit entstand, weniger aus dem Auslande zu beziehen und eine größere Menge von Produkten dorthin abzusetzen.

### Der Zusammenhang mit der europäischen Wirtschaft.

Wie wir bereits in einem früheren Artikel ausführten, war es für das Schicksal des alten Zentrums der kapitalistischen Weltwirtschaft, für Europa, von entscheidender Bedeutung, ob die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten auf die stagnierende Wirtschaft Europas eine Wirkung in dem Sinne ausüben wird, daß es auch in Europa zu einer Hochkonjunktur kommt. Anders ausgedrückt: Ist die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten imstande, sich auf Europa auszudehnen und eine Hochkonjunktur der gesamten kapitalistischen Welt nach sich zu ziehen? Diese Frage, die vor einem halben Jahr noch nicht beantwortet werden konnte, scheint sich jetzt im negativen Sinne beantworten zu lassen. Die Krise in Europa ist — wie fast jede Krise im Kapitalismus — eine Absatzkrise. Eine belebende Wirkung der amerikanischen Hochkonjunktur auf Westeuropa wäre nur dann möglich gewesen, wenn die passive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten eine anhaltende Erscheinung gewesen wäre: das heißt, wenn die Vereinigten Staaten lange Zeit hindurch mehr Waren vom Weltmarkte aufgenommen hätten, als sie dahin abgesetzt haben. Zwar bestand die Mehreinfuhr der Vereinigten Staaten nur zu geringem Teile aus direktem Bezug europäischer Industrieprodukte (Eisen, Baumaterialien usw.), zu größerem Teil aus Rohprodukten, die aus anderen Weltteilen bezogen wurden. Aber eben der vermehrte Bezug von Rohstoffen aus den Überseeländern und die verminderte Ausfuhr amerikanischer Industrieprodukte nach diesen Gebieten hätte, wenn es lange dauernd gewesen wäre, der an Absatzmangel leidenden europäischen Industrie ermöglicht, ihre Produkte in jene Gebiete abzusetzen. Mit der Wendung im amerikanischen Außenhandel entfällt diese Möglichkeit. Damit befindet sich die europäische Wirtschaft in derselben Lage, wie vor Beginn der amerikanischen Hochkonjunktur. Die Wege des amerikanischen und des europäischen Kapitalismus scheinen sich für lange Zeit getrennt zu haben.

Die Vereinigten Staaten fahren auch weiter fort, als Gegenwert der Mehrausfuhr an Waren wie auch der Zinsen ihrer in den anderen Gebieten der Welt angelegten Kapitalien nicht Waren, sondern effektives Gold in großen Mengen an sich zu ziehen. In den letzten elf Monaten des laufenden Jahres hatten die Vereinigten Staaten einen Einfuhrüberschuß von 261 Millionen Dollar effektiven Goldes. Die im Besitz des Schatzamtes und der staatlich kontrollierten Notenbank befindliche Goldmenge hat sich von 3473 Millionen Dollar am 1. Dezember 1922 auf 3771 Millionen Dollar am 1. Dezember 1923 erhöht. Der Gesamtbetrag des in den Vereinigten Staaten befindlichen Goldes wird jetzt auf 4168 Millionen Dollar geschätzt, seit Kriegsbeginn eine Zunahme von 120%. Die Vereinigten Staaten besitzen bereits die Hälfte allen Goldes der Welt, das auf rund 8500 Millionen Dollar geschätzt wird*).

Die von Hoover für das Jahr 1923 vorausgesagte Goldausfuhr der Vereinigten Staaten ist absolut nicht verwirklicht. Und es taucht die Frage auf: Welche Aussicht besteht überhaupt noch, daß die europäischen kapitalistischen Staaten jemals zu einer Goldwährung werden zurückkehren können, wenn die Vereinigten Staaten in dem gleichen Maße fortfahren, das Gold der ganzen Welt auszupumpen und bei sich zu konzentrieren. Würde sich der Prozeß weitere 20 Jahre fortsetzen, so wäre die übrige Welt ganz und gar von ihrem Goldvorrat entblößt. Die Tatsache der Anhäufung der Hälfte des Goldvorrates der Welt in den Vereinigten Staaten kennzeichnet symbolisch die eingetretene Verlegung des Schwerpunktes der kapitalistischen Weltwirtschaft nach den Vereinigten Staaten.

### Die Entwicklung der europäischen Wirtschaft.

Gegenüber der amerikanischen Hochkonjunktur hat sich die Wirtschaft Europas als Ganzes im Verlaufe des Jahres 1923 eher verschlechtert als verbessert. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist in den neutralen Ländern, in geringerem Maße auch in Frankreich und in Italien, eingetreten. Im letzten Vierteljahr zeigen sich auch in England die ersten Zeichen einer besseren Konjunktur.

Aber diese Besserung der Wirtschaftslage der Randländer ist im wesentlichen erkauft worden durch den fast vollständigen Stillstand der Wirtschaft Deutschlands. Die Ruhrbesetzung vernichtete die Produktion in diesem höchst industrialisierten Gebiet der Welt. Die Aufgabe des passiven Widerstandes hat daran bis heute nichts geändert. Der Produktionsstillstand hat sich infolge des Umschlages in der Preisbildung im Gegenteil auf ganz Deutschland ausgedehnt. Am Ende des Jahres gibt es in ganz Deutschland — im besetzten und unbesetzten Gebiet — ungefähr 3½ Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusehen, daß in dem Moment, wo das Ruhrgebiet und überhaupt Deutschland wieder zu produzieren beginnen wird, die Konjunktur in den umliegenden Staaten: Frankreich, England, Italien, Tschechoslowakei, sich wieder stark verschlechtern wird.

Das grundlegende Problem für Westeuropa besteht in der Frage der Liquidierung der „Über-Industrialisierung", die in der Kriegszeit vor sich gegangen ist. Auf ein grobes Schema gebracht, heißt das: „Es gibt in Europa 100 Hochöfen zu viel". Anders ausgedrückt: Ist es für die Industriestaaten Europas: England, Deutschland, seit Kriegsende Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, möglich, ihre Bevölkerung durch Export von Industrieartikeln und Import von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ernähren? Die Entscheidung dieser Frage hängt von der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für industrielle Produkte ab. Da in den jüngeren kapitalistischen Ländern, und vor allem in den englischen Kolonien, während und in der Nachkriegszeit eine starke Industrialisierung vor sich gegangen ist, da das einzige Gebiet, das für eine großzügige Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise geeignet erscheinen würde, China, aus politischen Gründen vorläufig nicht kolonisiert werden kann, da das andere große Gebiet, Sowjetrußland, für eine kapitalistische Expansion nach alter Art ebenfalls unzugänglich ist, besteht kaum eine Aussicht dafür, daß sich die Wirtschaft Westeuropas auf der Basis der Vorkriegszeit regenerieren läßt. Das Gefühl dieser Unmöglichkeit zeigt sich vor allem in dem wirtschaftspolitischen Chaos in England.

### Das Problem Englands.

Die Schicksalsfrage Westeuropas, ob sich seine Wirtschaft auf der Grundlage der Vorkriegszeit wieder herstellen läßt, ist für England am schärfsten gestellt, da England sich am weitesten in dieser Wirtschaftsrichtung entwickelt hatte. Die wirtschaftspolitischen Vorgänge des letzten Vierteljahres in England zeigen am klarsten die Verlegenheit der sonst so klar sehenden und zielbewußten englischen Bourgeoisie. Alle möglichen wirtschaftspolitischen Richtungen kreuzten sich durcheinander. Die eine Richtung war auf die Schaffung eines selbstgenügsamen englischen Weltreiches gerichtet, das die Kolonien mit dem Mutterlande durch Vorzugszölle zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenfassen sollte. Die konsequente Durchführung dieses Gedankens hätte zu einem hohen Zoll auf die nach England importierten Lebensmittel geführt, da nur auf dieser Grundlage eine nennenswerte Vorzugsbehandlung der Kolonien möglich gewesen wäre. Die Durchführung dieses Planes scheiterte an dem Widerstand der englischen Konsumenten, die bei den Wahlen die auf der Reichskonferenz beschlossenen niedrigen Zölle auf einige nicht lebenswichtige Konsumartikel und damit die ganze Konzeption des „selbstgenügsamen britischen Weltreiches" ablehnte.

Die zweite Richtung, die vor allem von den englischen Großindustriellen vertreten wird, wünscht die englische Industrie auf dem Weltmarkt durch eine Inflationspolitik wieder konkurrenzfähig zu machen: Tatsächlich ist in den letzten Monaten eine nicht unbedeutende Entwertung des Pfund Sterling eingetreten.

Eine dritte Richtung, die vom Handelskapital und der Labour Party vertreten wird, glaubt daran, daß die Ernährung Englands durch den Export von Industriewaren auch weiterhin möglich sein wird, wenn in Europa selbst wieder geordnete Wirtschaftszustände herrschen. Wie aber eine Restaurierung des normalen Kapitalismus möglich sei, darüber wurden bisher nur ganz allgemeine Redensarten bekannt.

Eine vierte Richtung endlich hat die Konsequenz aus der Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft gezogen und tritt für Auswanderung, Entwicklung der englischen Landwirtschaft und für den Malthusianismus ein, hat also den Kampf um die Wiedergewinnung der alten Stellen Englands auf dem Weltmarkt bereits aufgegeben.

So sehen wir ein vollständiges Chaos in der englischen Wirtschaftspolitik und als wahrscheinliche Folge eine weitergehende Verselbständigung der englischen Kolonien vom Mutterland, also die gegenteilige Entwicklung, als sie die englischen Imperialisten wünschen würden.

*) „Frankfurter Zeitung" vom 21. Dezember 1923.

### Frankreich und die Reparationsfrage.

In einer ähnlichen Situation wie England befindet sich auch Frankreich, nur mit dem Unterschiede, daß die agrarische Basis Frankreichs ausgedehnter und gesünder ist, anderseits ist aber die Finanzlage des Staates unvergleichlich schlechter als jene Englands. Die Eroberung des Ruhrgebietes hat an den Grundfragen der französischen Wirtschaft wenig geändert. Zwar sichert der Besitz des Ruhrgebietes der französischen Schwerindustrie die notwendige Versorgung mit Kohle und Koks. Anderseits aber taucht die Frage auf, wo der Absatz für die volle Produktion der französischen und der Schwerindustrie des Ruhrgebietes zu finden sein wird? Das natürliche Absatzgebiet der Ruhrindustrie ist das unbesetzte Deutschland. Frankreich kann daher das Ruhrgebiet nicht ökonomisch von Deutschland abschneiden, da sonst die französische Schwerindustrie durch die Konkurrenz des Ruhrgebietes vernichtet werden würde. Alle die schönen Pläne über die Beteiligung des französischen Kapitals an der deutschen Industrie werden, falls sie durchgeführt würden, an dem gemeinsamen Problem der englischen, französischen und deutschen Schwerindustrie: dem Mangel an einem Absatzgebiet nichts ändern. Es ist besonders bezeichnend für das gegenwärtige Verfallsstadium des Kapitalismus, daß die französische Schwerindustrie ihren Absatz durch eine systematische und lang andauernde Beschränkung der Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet, das heißt durch die von außen aufgedrängte Beschränkung der Produktion der Ruhrindustrie erreichen will. Statt durch die Ausdehnung des kapitalistischen Absatzgebietes einen Absatz für die vergrößerte Produktionsfähigkeit zu finden, versucht man durch politische Mittel die Konkurrenz zu erdrosseln, durch Abbau der Produktion das Gleichgewicht wieder herzustellen.

So sehen wir bei den französischen Kapitalisten das kaum verhüllte Bestreben, die Produktion des Ruhrgebietes weiterhin zu sabotieren, dieselbe in Grenzen zu halten, die dem „nationalen Interesse Frankreichs" entsprechen.

Die Ruhrbesetzung endete auf diese Weise vorläufig mit einem politischen Siege, aber mit keiner ökonomischen Kräftigung Frankreichs. Die rapide Entwertung des französischen Franken in den letzten Wochen des Jahres beweist dies zur Genüge. Dieselbe setzt sich weiter fort; ist aber das Vertrauen einmal erschüttert, so kann die Entwertung leicht ähnliche Dimensionen annehmen wie in Deutschland. Der sich immer weiter verschärfende englisch-französische Gegensatz wird auch die Anfang 1924 beginnenden Sachverständigenkonferenzen ergebnislos gestalten. Das so durch Entwertung des Franken bedrängte Frankreich wird weiter versuchen, sich auf Kosten Deutschlands schadlos zu halten. Mit dem Verschwinden der Hoffnung auf eine internationale Anleihe wird auch die Stabilisierung der Mark wieder in die Brüche gehen, das Chaos in Europa noch größer werden und mit aller Kraft einer kriegerischen Entladung zutreiben . . .

**Die Aussichten für eine Wiederherstellung eines „normalen" Kapitalismus in Europa sind auch für das Jahr 1924 minimal.**

# Arbeiterbewegung

## Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Von Oskar Rhenanus (Berlin).

** Hellauf lodern die Flammen des gewaltigen Riesenkampfes im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Ein heldenhafter Kampf, in dem ein großer Teil der Arbeiter schon seit drei Wochen steht, ein Kampf, der von Tag zu Tag mehr an Kraft und Wucht zunimmt, ein Kampf, an dem jetzt bereits 550.000 Arbeiter teilnehmen. Den Metallarbeitern von Düsseldorf folgten fast alle Metallarbeiter des rheinischen Gebietes. Wenige Tage später standen auch die Textilarbeiter links und rechts des Rheines im Kampfe. Jetzt haben sich auch die Arbeiter des großen linksrheinischen Braunkohlengebietes ihren kämpfenden Brüdern angeschlossen. Durch die elementare Kraft dieses Kampfes wurden fast überall sogar die Gewerkschaftsführer gezwungen, wenigstens in Worten die Bewegung anzuerkennen. Die bürgerliche Presse, die sonst systematisch jeden proletarischen Kampf totschweigt, ist durch den gewaltigen Umfang der Bewegung gezwungen, Tag für Tag Berichte über dieses Ringen zwischen rheinischer Schwerindustrie und rheinischem Proletariat zu bringen. Der Kampf der rheinischen Arbeiter ist umso bewundernswerter, als gerade im besetzten Gebiet die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen hat, den wir im Reiche bisher nirgendwo kannten. Lagen doch in den entscheidenden Industriegebieten seit vier, fünf Monaten 70 bis 80% der Arbeiter auf der Straße und fristeten ihr Leben mit einer mehr als menschenunwürdigen Hungerunterstützung. Dennoch hat die rheinische Arbeiterschaft diesen schweren Kampf um die Arbeitszeit aufgenommen, weil sie sich den Achtstundentag nicht rauben lassen will. Wieder einmal, wie schon oft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, haben damit die rheinischen Proletarier der deutschen Arbeiterklasse ein glänzendes Beispiel proletarischer Kampfkraft gegeben.

Zu gleicher Zeit kommen aus **fast allen Teilen des Reiches Nachrichten über ernste Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft** gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, Kämpfe der Braunkohlen- und Kalibergarbeiter in **Mitteldeutschland**, der Metallarbeiter in Magdeburg, Halle, Mannheim, Kämpfe der Hütten- und Bergarbeiter in **Oberschlesien**. Auch die Metallarbeiter in **Berlin** zeigten in den ersten Tagen der Bewegung, daß sie ernstlich gewillt waren, den Kampf aufzunehmen. Leider gelang es der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durch die Schwäche und Untätigkeit unserer Berliner Genossen, diesen Kampf bald abzuwürgen. Aber entscheidend war auch hier der Kampfeswille der Arbeiterschaft.

So zeigt sich überall, daß **die Arbeiterschaft den Abwehrkampf gegen den Raub des Achtstundentages aufnimmt.** Die Fälle von widerstandsloser Hinnahme der Verlängerung der Arbeitszeit stehen erfreulicherweise vereinzelt da. Der Rückzug der deutschen Arbeiterklasse vor der Offensive des Kapitals ist zwar noch nicht ganz zum Stehen gekommen, aber wir sehen doch zum ersten Male wieder fast überall einen ernsten Widerstand der Arbeiter und große Abwehrbewegungen. Wie bisher die proletarischen Massenkämpfe im Rheinland ein Symtom aufsteigender proletarischer Bewegung in ganz Deutschland waren, so sicher auch jetzt. **Ohne Zweifel stehen wir vor großen Massenkämpfen in ganz Deutschland um Arbeitszeit, Lohn und Rechte der Arbeiter.**

Das **Kapital** ist über den Widerstand der Arbeiter erstaunt, glaubte es doch jetzt, nach der Errichtung der Seeckt-Diktatur, seine Ziele ohne große Anstrengung durchsetzen zu können. Was die deutsche Bourgeoisie will, ist klar. Ihr Wortführer **Stinnes** verkündete es schon vor einem Jahr, daß das deutsche Volk **auf 15 Jahre lang zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten** müsse „ohne Bezahlung der Überstunden und bei völliger Ausschaltung von Lohnkämpfen und Streiks auf lange Zeit". Die „Kölnische Zeitung", das Organ der rheinisch-westfälischen Großbourgeoisie, forderte am 28. Oktober sogar die **Zwölfstundenschicht in der Braunkohlenindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie.** So sehr die Unternehmer bei ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag wirtschaftliche Gründe, Steigerung der Produktion usw., vorspiegeln, so klar ist es, daß die deutsche Bourgeoisie vor allem aus **politischen** Gründen versucht, die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit durchzudrücken. Seit langem hat sie diesen Schlag gegen die Arbeiterklasse vorbereitet, und in zähem Groß- und Kleinkrieg versucht sie jetzt ihren Willen durchzusetzen.

Der Abwehrkampf der deutschen Arbeiter gegen diesen verruchten Plan des deutschen Kapitals wäre ein leichtes Spiel, hätten wir eine Arbeiterschaft, die sich ihrer Klasseninteressen wirklich bewußt wäre, hätten wir eine proletarische Einheitsfront mit Organen und Organisationen, die einheitlich und geschlossen die Absichten der Bourgeoisie zerschlagen würden. Die in erster Linie für diesen Kampf berufenen deutschen Gewerkschaften versagen völlig. Immer noch sind sie in den Händen der reformistischen sozialdemokratischen Führer, die noch bei jedem ernsten proletarischen Kampfe auf seiten der Bourgeoisie standen und auch diesmal, ihrer Tradition getreu, mit allen raffinierten Mitteln des Widerstandes und niedrigster Sabotage einen wirklichen Abwehrkampf der Arbeiterklasse verhindern. Die Leipart, Graßmann und Päplow, die jetzt als Führer der Gewerkschaften an der Spitze des Abwehrkampfes stehen müßten, sie **sabotieren ihn mit allen Mitteln und stoßen der kämpfenden Arbeiterfront den Dolch in den Rücken.** Immer noch hängen diese sogenannten Arbeitervertreter an der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten, obwohl sie längst von den **Stinnes, Klöckner** und **Vögeler** den verdienten Tritt in den Hintern bekommen haben. Die **sozialdemokratische Partei** treibt dasselbe traurige Spiel, führt einen schwächlichen Scheinkampf in Worten, steckt aber in Wahrheit die Hände in die Taschen und läßt die Proletarier sich abkämpfen. Man beschaue sich nur die klägliche Haltung der sozial-

demokratischen Presse im Rheinland-Westfalen während des dortigen gewaltigen Kampfes. Diese pazifistischen Jammergestalten lassen den Achtstundentag abwürgen nach dem Bibelspruch: „Der Herr hat ihn gegeben, der Herr hat ihn genommen, der Name des Herrn sei gelobt". Ihre sklavenhafte Liebedienerei vor dem deutschen Kapital kennt wirklich keine Grenzen mehr.

So ist der große, in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse sicher bedeutsame Abwehrkampf um den Achtstundentag allein auf die Schultern der Kommunistischen Partei, nur auf die Schultern der revolutionären Arbeitermassen gelegt. **Der Wille zur Abwehr ist in den breitesten Arbeiterschichten vorhanden,** aber dieser Wille braucht einen klaren Ausdruck, braucht eine organisierte Führung. Sie zu übernehmen, ist unsere erste Pflicht. Wir Kommunisten stehen vor der Aufgabe, **diesen großen Abwehrkampf vorzubereiten, zu führen und zu steigern.** Es ist klar, daß diese Abwehrbewegung die Voraussetzung ist für neue revolutionäre Kämpfe von entscheidender politischer Bedeutung. Deshalb muß von uns sofort überall eine aufrüttelnde Propaganda für den Achtstundentag aufgenommen werden. Die auf dem Boden der Weimarer Opposition stehenden revolutionären Gewerkschafter und die revolutionären Betriebsräte müssen im Vordergrunde der Bewegung stehen. **Wo die Gewerkschaften in den Händen der Weimarer Opposition sind, müssen sie die Vorbereitung und Organisierung des Abwehrkampfes vorbildlich übernehmen.** Da aber in vielen Orten die Gewerkschaftsbürokratie bei der Abwürgung des Achtstundentages den Unternehmern zur Seite steht, muß schon jetzt überall von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen beschlossen werden, daß über diese Frage nur durch Urabstimmung entschieden werden kann. Jede Abmachung der Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern ohne Urabstimmung der Massen ist von vornherein ungültig zu erklären.

**Wie führen wir den Kampf?** Bei der verschiedenen Lage in den meisten Industriezweigen und Orten kommt ein generelles Kampfmittel nicht in Frage. In vielen Gebieten wird auch heute noch der **Streik** die richtige Antwort sein. In anderen Orten, bei anderen Verhältnissen, insbesondere bei Versuchen des Lohnabbaues, ist die **passive Resistenz** ein geeignetes Kampfmittel. Gegen die Durchbrechung des Achtstundentages aber ist nach den bisherigen Erfahrungen der beste Kampf das geschlossene Verlassen der Betriebe durch **die gesamte Belegschaft nach acht Stunden.** Entweder geben die Unternehmer dann nach, oder es wird durch die einsetzende Aussperrung der allgemeine Kampf erzwungen. In solchen Fällen muß sofort auf eine **Verbreiterung des Kampfes,** lokal auf die anderen Industrien, besonders auf die lebenswichtigen Betriebe, allgemein dann aber auch im ganzen Industriebezirk, gedrängt werden. Vor allem ist in solchen Fällen sofort ein gemeinsames Vorgehen **der Arbeiter mit den Erwerbslosen** herbeizuführen, um einen Streikbruch der Erwerbslosen zu verhindern.

So müssen wir Kommunisten in jedem dieser Abwehrkämpfe, und sei er noch so klein, aktiv und führend tätig sein, um den Achtstundentag zu erhalten und um auch auf diese Weise den Einfluß der Reformisten und Sozialdemokraten weiter einzudämmen und uns das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse zu sichern. **Durch einen von uns geschickt geführten Abwehrkampf schwächen wir die Sozialdemokratie weit mehr als durch wochen- oder monatelange Propaganda.** Auch gilt es in solchen Kämpfen, das Selbstvertrauen der Arbeiter zu stärken. Leider gibt es noch manche Kommunisten, die das nicht erkennen, sondern auf den nächsten revolutionären „Endkampf" warten und jetzt in den einzelnen proletarischen Abwehrbewegungen passiv beiseite stehen. Nichts ist gefährlicher als dies, besonders in der jetzigen Periode der Illegalität. Die Partei muß es lernen, daß alle ihre Glieder **restlos auch in jedem proletarischen Tageskampfe** sich als die besten und aktivsten Klassenkämpfer zeigen. Nur so kommen wir vorwärts. Eine solche Taktik ist die beste Vorbereitung für den revolutionären Entscheidungskampf, zumal wenn wir es verstehen, in jedem einzelnen Teilkampf auch die **politische Machtfrage** aufzurollen und den Massen zu zeigen, daß alle Einzelforderungen, um die wir kämpfen, endgültig erst **durch die proletarische Diktatur** gesichert werden können.

Mit Recht weist die **„Frankfurter Zeitung"** darauf hin, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit in den deutschen Schlüsselindustrien in den europäischen Konkurrenzländern (Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Frankreich usw.) ebenfalls eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben würde". Deshalb **ist der Kampf um die Arbeitszeit in Deutschland auch ein Kampf von großer internationaler Bedeutung.**

---

# Die Kämpfe der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen und in Berlin.

Von W. Lada.

** Gestützt auf den Vorstoß der Schwerindustriellen im Bergbau, versuchten die Metallindustriellen Rheinland-Westfalens schon Mitte Dezember, in der Metallindustrie ihres Gebietes den Zehnstundentag einzuführen. Der Verlängerung der Arbeitszeit sollte der Abbau der Löhne folgen. Mit der Gewerkschaftsbürokratie sind die Unternehmer gleich fertig geworden, und am 10. Dezember haben die reformistischen Gewerkschaftsführer ein Abkommen mit den Metallindustriellen abgeschlossen, das ihren Wünschen Rechnung trug; nur mußte das Abkommen noch durch eine Urabstimmung bestätigt werden. In Rheinland-Westfalen selbst setzte sich der Bezirksleiter Wolff für die Bestätigung des Abkommens ein. Aber die Haltung der Mitgliedschaft bereitete den verräterischen Führern eine Überraschung. Die Mitgliedschaft setzte sich der Bestätigung des Abkommens mit größter Kraft entgegen. Dieser Widerstand ist auf den Einfluß der Kommunisten im Gebiet zurückzuführen. Nach den letzten Ausweisen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich auf das Ende des dritten Jahrviertels 1923 beziehen, standen von 130.614 Mitgliedern, die der Verband in 13 Verwaltungsstellen des Gebietes zählte, hinter der Opposition 78.000, hinter der Sozialdemokratie 52.000. Insbesondere ist der Einfluß der Gewerkschaftsopposition in Bochum, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen vorherrschend. Die Urabstimmung, die im Bezirk durchgeführt wurde, ergab eine erdrückende Mehrheit für den Widerstand gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. 42.680 Stimmen wurden für den Achtstundentag, im ganzen 549 für den Zehnstundentag abgegeben.

Die beiden wichtigsten Zahlstellen, die sich in den Händen der Kommunisten befinden, Essen und Gelsenkirchen, übernehmen die Leitung des Abwehrkampfes. Die Bezirkskonferenz des Verbandes, die am 20. Dezember in Dortmund zusammentrat, beschloß einstimmig die Aufnahme des Kampfes. In ihrem Flugblatt sprachen die Ortsverwaltungen Essen und Gelsenkirchen die ungeheure Bedeutung des Abwehrkampfes aus.

Am 16. Dezember trat in Solingen eine vom Ortsausschuß Solingen des ADGB. einberufene Konferenz der Ortsausschüsse und Betriebsräte zur Organisierung des Kampfes für die Erhaltung des Achtstundentages zusammen. 13 Ortsausschüsse, drei Betriebsrätezentralen, der Metallarbeiterverband, der Bauarbeiterverband, der Afa-Bund, der Deutsche Transportarbeiterverband und mehrere Betriebe waren durch 147 Delegierte vertreten. Die Konferenz hat Richtlinien zur Führung eines rücksichtslosen Kampfes um die Erhaltung des Achtstundentages ausgearbeitet und einstimmig beschlossen.

Die Stellungnahme der Solinger Konferenz gab nur der Stimmung Ausdruck, die schon vorher die Massen beherrschte. Nach neun Monaten des Ruhrkrieges stehen die Ruhrarbeiter zum großen Teile unzermürbt da. Schon seit Mitte November flackerte der Kampf hier und da in vereinzelten Betrieben auf, mit dem Ziel, die von den Unternehmern versuchte Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren. Nach der Solinger Konferenz hat der Kampf einen breiten Umfang und eine organisierte Form angenommen. Seit dem 18. Dezember steht die 7000 Mann starke Belegschaft des Krupp-Werkes Rheinhausen im Abwehrkampf gegen die Einführung des Zehnstundentages. In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik erklärte die Belegschaft, mit aller Geschlossenheit und Zähigkeit am Achtstundentag festhalten zu wollen. Im Rheinstahlwerk in Hilden wurden von 1542 abgegebenen Stimmen 1427 für die Unverletzlichkeit des Achtstundentages, dagegen 8 abgegeben. In den Mannesmann-Röhrenwerken steht die Belegschaft ebenso geschlossen im Kampfe gegen die versuchte Verlängerung der Arbeitszeit. In der Heinrichs-Hütte, dem ausschlaggebenden Großbetrieb des ganzen Hattinger Kreises, verließ die Belegschaft am 2. Januar nach acht Stunden Arbeitszeit geschlossen den Betrieb. In Dortmund, bei der Firma Hösch, ebenso wie in den Union-Werken, griffen die Unternehmer zu der Schließung der Betriebe, weil die Belegschaft nach einigen Schwankungen die verlängerte Arbeit verweigerte. In der August-Thyssen-Hütte in Hamborn arbeitete am 5. Januar nur ein kleiner Teil der Arbeiter 10 Stunden täglich; in der Gute-Hoffnungs-Hütte arbeiteten um dieselbe Zeit von 15.000 Arbeitern im ganzen 2000 mit zehnstündiger Arbeits-

zeit; das Walzwerk Dinslaken lag vollständig still. Ebenso verweigerten die Arbeiter im Krefelder Stahlwerk geschlossen die verlängerte Arbeitszeit, worauf die Direktion mit der Schließung des Betriebes und mit der Besetzung durch Polizei und Feuerwehr antwortete.

Wenn es auch sehr schwer ist, einen Überblick über die Gesamtsituation zu gewinnen, muß man dennoch feststellen, daß nach den Angaben der Industriellen selbst in der Eisenindustrie im ganzen 45 der Betriebe wieder in Gang gesetzt worden sind, während im Bergbau 40 bis 50% Zechen sich in das Joch der verschärften Ausbeutung des Kapitals begeben haben.

Der Umfang der Bewegung hat auch die „Führer" des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf dazu gezwungen, sich zum Schein hinter den Kampf zu stellen. Die Bezirksleitung erklärte, daß auf Grund der Urabstimmung das Berliner Abkommen im Bezirk nicht rechtmäßig ist und daher die gesamte Arbeiterschaft in der Hütten- und Metallindustrie verpflichtet ist, jede Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden abzulehnen. Trotz dieser Erklärung hören diese „Führer" nicht auf, die Bewegung zu sabotieren; diese geht aber ihrer Wege, ohne sich um die Verräter zu kümmern. Die am 1. Januar in Düsseldorf abgehaltene Betriebsrätevollversammlung der Gruppe Metall stellte beinahe einstimmig fest, daß die Arbeiterschaft fest entschlossen ist, den Kampf weiterzuführen. In Rheinhausen trat am 3. Januar eine Betriebsrätekonferenz für das gesamte Rheinland-Westfalen zusammen, die von 205 Delegierten beschickt wurde, darunter 104 Vertretern der freien Gewerkschaften; diese Konferenz stellte wiederholt eine allgemeine und im Wachsen begriffene Kampfstimmung fest und beschloß, daß der Kampf zu einem Generalstreik in schärfster Form erweitert werden soll. Unterdessen erklärte der Bevollmächtigte des Hauptvorstandes des DMV., Brandes, auf der Bochumer Konferenz am 2. Januar, daß er „keine Vollmachten" hätte, den Kampf im Bezirk zu sanktionieren und beschließen zu lassen!

Das ist die momentane Lage der Bewegung im Rheinland-Westfalen. 30.000 ausgesperrte Metallarbeiter allein im Düsseldorfer Bezirk (nach den Angaben der „Kölnischen Zeitung"), auf der einen Seite; höchste Kampfstimmung und größte Erregung auf der anderen Seite!

Ein ganz anderes Bild bietet die Metallarbeiterbewegung in Berlin. In der Betriebsräteversammlung, die über das abgeschlossene Abkommen entscheiden sollte, fehlte, wie in der Sitzung festgestellt wurde, ein bedeutender Teil der Betriebsräte, die von dem Stattfinden der Versammlung gar nicht benachrichtigt worden waren. Trotzdem unterstand sich die Gewerkschaftsbürokratie, die Entscheidung dieser Versammlung als die Willensäußerung der gesamten Metallarbeiterschaft auszugeben — dies trotz der lebhaften Proteste der kommunistischen Betriebsräte. Auf diese Weise ist die Bewegung zu einem Abschlusse gebracht worden, den der „Vorwärts" die Stirn hat, als einen „relativen Erfolg" zu kennzeichnen, während in der Tat das schmähliche Preisgeben des Achtstundentages vorliegt. Das abgeschlossene Abkommen gestattet sogar eine höhere als die Zehnstundenarbeitszeit, was sogar durch die Arbeitszeitverordnung nur als eine äußerste Ausnahme zugelassen wird, und der „Vorwärts" behauptet, daß der Deutsche Metallarbeiterverband mit seinem Abschlusse einen „Erfolg" gehabt hätte!

Unter dem Drucke der kommunistischen und sozialdemokratischen Opposition, unter dem Drucke der Arbeitermassen, sah sich der Vorstand des ADGB. in diesen Tagen gezwungen, alle Verbände und alle Arbeiter in den Betrieben aufzufordern, den Achtstundentag mit allen Kräften zu verteidigen. Am nächsten Tage begehen aber die Berliner Führer den schnödesten Verrat, indem sie nicht nur in den Abbau der elenden Löhne, sondern auch in die Verlängerung der Arbeitszeit bis neun, zehn Stunden und sogar darüber hinaus einwilligen. Das gelingt ihnen, weil die Massen nicht genügend aufgerüttelt worden sind, weil die gesamte Bewegung in den abgeschlossenen Räumen der Verhandlungszimmer und in den durchgesiebten Versammlungen der Verbandsfunktionäre verlaufen ist. Im Rheinland-Westfalen ist im Gegenteil die Arbeitermasse von Anfang an durch die aufklärende Agitation der Kommunisten, durch die Logik der Tatsachen selbst, bis aufs innerste aufgewühlt, sie treibt und stößt selbst die Führer zum Kampf. Die Gewerkschaftsbürokratie ist gezwungen, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, oder sie wird zurückgedrängt. Mag der Kampf in Rheinland-Westfalen diese oder jene Wendung nehmen, er wird dennoch eine große revolutionäre Bedeutung für das gesamte Proletariat Deutschlands haben.

# Aus der Internationale

## Die Balkankonferenz.

** Im Dezember 1923 fand in Berlin die ordentliche Konferenz der kommunistischen Parteien der Balkanländer statt. An der Konferenz nahmen die Vertreter der bulgarischen, jugoslawischen, rumänischen und griechischen Partei sowie die Vertreter der Kommunistischen Internationale teil.

Auf der Konferenz wurden die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Lage auf dem Balkan sowie die organisatorischen Fragen jeder einzelnen der BF. angehörenden Partei einer ausführlichen Erörterung unterzogen.

Die Abschätzung des bewaffneten Aufstandes in Bulgarien, die nationale und Agrarfrage — das waren die Hauptpunkte der Tätigkeit der Konferenz.

Der bewaffnete Aufstand in Bulgarien war ein Widerhall der allgemeinen Bewegung, der allgemeinen revolutionären Welle, die in der zweiten Hälfte 1923 Europa überflutete, und deshalb ist die Bedeutung dieser Abschätzung, der Bilanz der Erfahrungen dieses Aufstandes, nicht nur für die bulgarische, sondern auch für die anderen kommunistischen Parteien begreiflich. Der Aufstand enthüllte unsere starken und schwachen Seiten. Indem sich die bulgarische Kommunistische Partei an die Spitze des Aufstandes stellte, tat sie einen ganz korrekten und wichtigen Schritt vorwärts und wird, trotz der Niederlage, im kommunistischen Sinne aus ihr gefestigter hervorgehen.

Die nationale und Agrarfrage bilden die Kernpunkte der Politik auf dem Balkan. Ohne eine klare und richtige Lösung dieser Fragen und ohne eine entschlossene Durchführung der festgelegten Linie ist eine ernste politische Tätigkeit unmöglich. Die Konferenz widmete daher diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit.

Auf der Konferenz kamen keine Meinungsverschiedenheiten von größerer Bedeutung zum Vorschein. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Bei der Behandlung aller Fragen und bei den Beschlußfassungen verfolgte die Konferenz das Ziel, über dieselben je mehr konkretes Material und womöglich detailliertere Beschlüsse zu bringen. Die Konferenz hielt sich ganz richtig den Umstand vor Augen, daß allgemeine prinzipielle Gesichtspunkte über diese Fragen in den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale und der Exekutive bereits vorhanden sind. Die Aufgabe dieser Konferenz bestand daher in der Erbringung von konkreten Beschlüssen, unter Anwendung der allgemeinen prinzipiellen Richtlinien auf die speziellen Bedingungen der einzelnen Balkanländer.

Als Resultat soll eine bedeutende Erleichterung der Tätigkeit der Parteien in den genannten Ländern erzielt werden.

Die Balkankonferenz wählte das Exekutivkomitee und das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation.

---

## Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD.

**„Linke" Voraussetzungen — „rechte" Folgerungen.**

Von A. Thalheimer.

Die hier besprochenen Thesen haben wir in der „Inprekorr.", Nr. 185 vom 28. Dezember v. J., abgedruckt. Die Red.

** Beim Durchlesen der Thesen der augenblicklichen Zentralemehrheit über die Taktik des Oktoberrückzuges und die nächsten Aufgaben der KPD. haben wir, einer marxistischen Gewohnheit folgend, uns umgeschaut nach einer Analyse der objektiven Situation während der Oktobertage. Zu unserem großen Erstaunen findet sich davon kein Wort in den Thesen. In der einen Einleitung wird gesagt, daß die Lage in Deutschland vor und während der Oktoberereignisse objektiv in höchstem Grade revolutionär war. Das ist alles. Die Oktoberereignisse selbst, das heißt der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik, und

der Rückzug der Arbeiterklasse vor dem Faschismus hat nach den Thesen keinerlei objektive Gründe. Es heißt dort:

„Der Rückzug der Partei in den Oktoberkämpfen kann nicht erklärt werden nur durch organisatorische, militärische und technische Mängel, auch nicht durch das allgemeine ungünstige Kräfteverhältnis, sondern vor allem durch die Fehler der taktischen, strategischen Haltung der Partei im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, die erst die Voraussetzung des Erfolges war. Diese Fehler resultierten aus falscher theoretischer Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einstellung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen."

In diesen Sätzen ist der Kern der taktischen Einstellung dieser Thesen enthalten. Es ist zwar die Rede davon, daß die taktisch-strategischen Fehler der Partei **vor allem** die Ursache des Rückzuges waren, aber da von anderen Faktoren als der Partei in den Thesen, die den Oktoberrückzug betreffen, überhaupt nicht die Rede ist, so reduzieren sich tatsächlich nach der Thesenverfassung die Ursachen des Rückzuges nicht nur teilweise, nicht nur zum größten Teil, sondern **vollständig** auf Fehler der Partei. Hier eine objektiv revolutionäre Situation, dort die Kommunistische Partei, die infolge falscher Strategie die günstige Situation nicht ausnützt. Das ist der Grundgehalt der Thesen, soweit sie den Oktoberrückzug betreffen. Außer der Kommunistischen Partei spielen dort überhaupt keine Faktoren mit. Die SPD. und die von der SPD. geführten Gewerkschaften existieren nicht für die Thesen. Ebensowenig die Organisationen der Bourgeoisie. Um es ganz klar zu sagen, die Partei hat aus Dummheit („aus falscher theoretischer Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einschätzung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen") die Revolution verraten. Die wirkliche Linke hat wenigstens den Mut, das offen zu sagen und konsequenterweise Folgerungen daraus zu ziehen. Die halbe Linke, oder wie sie sich nennt, das Zentrum, unterscheidet sich von der Linken vor allem dadurch, daß sie nicht den Mut hat, klar auszusprechen, was aus ihren Voraussetzungen folgt. Wenn im Oktober die Lage objektiv revolutionär war und nur die fehlerhafte Strategie und Taktik der Partei den Sieg des Faschismus ermöglichte, so folgt daraus nach den gewöhnlichen Regeln der Logik, daß bei richtiger Strategie die Partei im Oktober den Faschismus hätte schlagen können. Was sagen aber die Thesen des Zentrums? Sie kritisieren das Zurückweichen der Partei auf und nach der Chemnitzer Konferenz, sie hüten sich aber, auszusprechen, daß man dem Entscheidungskampf nicht hätte ausweichen sollen. Sie kritisieren nur den „kampflosen Rückzug", aber nicht den Rückzug überhaupt. Zwar sehen sie die Ursachen des Rückzuges nicht in Fehlern, die unmittelbar vor dem Oktober liegen, sondern die weiter zurückliegen (man hätte früher vorbereiten sollen, man hat die Einheitsorgane, die Betriebsräte, nicht genügend ausgenützt usw.), aber bei Vermeidung dieser Fehler hätte man also siegen müssen. Diese Folgerung ist unausweichlich, sie wird aber von dem Zentrum nicht gezogen. Die eigentliche Linke sagt, da die Fehler einmal gemacht waren (an denen Linke wie Halblinke gleichmäßig beteiligt waren), so hätte man auch auf die Gefahr einer Niederlage hin den Entscheidungskampf aufnehmen müssen. Das ist ein Standpunkt, wenn auch ein falscher. Das Zentrum sagt, man hätte wenigstens den Rückzug mit Teilkämpfen machen müssen. Das ist kein Standpunkt.

Die Frage des Entscheidungskampfes war nicht zu wählen, wie warme oder kalte Würstchen. Die Frage stand so: **Entweder nahmen wir den Kampf auf** und der Gegner erzwang die Entscheidung (dieser Gegner existiert für das Zentrum überhaupt nicht) und wären katastrophal geschlagen worden (die wirkliche Linke nimmt das in Kauf) **oder wir wichen dem Kampf aus.** Außer diesen beiden Möglichkeiten gab es keine dritte.

Was ist der Kern dieser Anschauung? Es ist die wohlbekannte alte Offensivtheorie, die zum Sieg nur zwei Elemente braucht: den revolutionären Willen der revolutionären Partei und die blaue Luft. Die richtige Strategie und Taktik des Bürgerkrieges, und man siegt, wie immer auch die objektive Situation sein mag.

Worin besteht der strategische Grundfehler, die falschen Methoden des Bürgerkrieges? Nach den Thesen darin, daß zum Entscheidungskampf nicht übergeleitet wird durch Teilkämpfe. Sobald diese richtige Methode eingeschlagen wird, ist der Erfolg garantiert (vorausgesetzt, daß der Gegner gerade dann die Entscheidung will, wenn man selber soweit ist mit den vorbereiteten Teilkämpfen und die Mehrheit des Proletariats für den Entscheidungskampf hinter sich hat. D. V.) Wir unsererseits halten das für reine Kinderei.

Die taktischen Konsequenzen einer solchen Einstellung liegen auf der Hand. Sie bestehen darin, daß die Partei operiert ohne Berücksichtigung der objektiven Kräfteverhältnisse und der subjektiven Einstellung der Arbeiterschaft. Das heißt praktisch entweder reine revolutionäre Propaganda oder Putschismus oder Hin- und Herschwanken zwischen beiden.

Das sind die taktischen Folgerungen, die sich bei konsequentem Zuendedenken der Thesen ergeben würden. Wir sagen ergeben würden, denn in Wirklichkeit hüten sich die Thesen, auch hier die Folgerungen zu ziehen für die praktischen Aufgaben der Partei, Folgerungen werden nur gezogen in bezug auf die revolutionäre Perspektive, die da kurz und bündig bedeutet: Morgen geht's wieder los. Die sogenannte Analyse, die die Perspektive begründen soll, zählt teils richtig, teils unrichtig eine Anzahl revolutionärer Momente in der internationalen Lage wie in der inneren Lage Deutschlands auf. Für eine sorgfältige und gewissenhafte Analyse ergibt sich daraus nur die eine Folgerung, daß weder die internationale Lage noch die Lage in Deutschland **letzten Endes** eine andere als eine revolutionäre Lösung zuläßt. Über das Tempo der revolutionären Zuspitzung sagen diese Momente für sich genommen nichts. Zu diesem Zweck muß man mit derselben Sorgfalt die Auskunftsmittel prüfen, die international und national der Konterrevolution noch zur Verfügung stehen. Davon ist in den ganzen Thesen mit keinem Wort die Rede. Dagegen ist klar, daß das tatsächliche Tempo der revolutionären und konterrevolutionären Entwicklung immer nur die Resultante der beiden Faktoren ist, der revolutionsfördernden wie der revolutionshemmenden. Die Thesen sagen aber frisch, fröhlich, frei:

„Der Aufstieg der revolutionären Welle in Mitteleuropa steht daher unmittelbar bevor."

Und am Schluß der sogenannten Perspektive:

„Aus allen diesen Gründen ist schon in den nächsten Monaten in Deutschland mit einer scharfen Zuspitzung und mit großen proletarischen Massenkämpfen zu rechnen."

Das ist nicht ausgeschlossen, **aber es ist in den Thesen nicht begründet,** sondern einfach behauptet.

Es ist kein Zeichen von Stärke, sondern von einer Schwäche des revolutionären Selbstvertrauens, wenn man sich kurzfristige revolutionäre Perspektiven aus den Fingern saugen muß, um arbeiten zu können. In einer Situation, wo die Daten durchaus noch nicht erlauben, sich mit einiger Sicherheit über das Tempo der nächsten revolutionären Entwicklung auszulassen, wo die gegebene Lage das Zurückgedrängtsein der Arbeiterschaft in die Defensive ist, in einer solchen Lage erfordert die richtige Einstellung der Partei, sich sowohl auf ein schnelleres wie auf ein langsameres Tempo einzustellen, praktisch die Dinge da anzugreifen, wo sie anzugreifen sind, das heißt bei der Organisation der Abwehr der Arbeiterklasse und die weiteren Zwecke zu bestimmen nach der jeweiligen Veränderung der konkreten Lage, der objektiven Verhältnisse, wie der in der Arbeiterschaft wirkenden subjektiven Faktoren. Das ist unseres Erachtens neben der allgemeinen revolutionären Perspektive die einzig mögliche Grundlage für eine revolutionäre Politik, die nicht mit der Stange im Nebel herumfährt.

Soweit die Perspektive.

„Die nächsten Aufgaben der Partei" sollten, denkt man, logisch zusammenhängende und aus den strategisch-taktischen Vordersätzen entwickelte Folgerungen enthalten. Davon ist jedoch keine Rede. Es ist ein zusammenhangs- und systemloses Zusammenstellen von Einzelforderungen und Einzelaufgaben, was bei dem Fehlen einer wirklichen Analyse der objektiven und subjektiven Kampffaktoren nicht weiter verwunderlich ist. Diese „nächsten Aufgaben der Partei" passen zu der taktischen Grundauffassung wie die Faust aufs Auge. So figuriert zum Beispiel neben den Teilkämpfen die Propaganda der proletarischen Diktatur und eines Rettungsprogramms (das heißt der Sozialisierung) und die Forderung der Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei. Alles das hängt vollkommen in der Luft, da in den Vordersätzen mit keinem Wort gesagt ist, welch enorme Rolle die Sozialdemokratie beim Oktober-Rückzug gespielt hat (es sind ja nur die Fehler der KPD. schuld!), und da auch mit keinem

Wort gesagt ist, daß die November-Republik besiegt ist, und daher die Übergangslosungen, die aus der bürgerlichen Demokratie heraus zu entwickeln waren, keine tatsächliche Unterlage mehr haben.

Die Thesen des Zentrums sind ein widerspruchsvolles Kompromiß zwischen „linken" Voraussetzungen und „rechten" Folgerungen. Ein solches Kompromiß kann nur die bestehende Konfusion vermehren und sie in der Linie der Partei permanent machen. Auf diesem Boden ist eine sichere Führung der Partei unmöglich. Die Genossen, die heute auf diesem Boden noch nicht stehen, sondern schwanken, werden sich an der Hand der tatsächlichen Aufgaben der Partei bald entscheiden müssen, ob sie ihre „linken" Voraussetzungen oder ihre „rechten" Folgerungen festhalten wollen. **Beides zugleich — geht nicht.**

Soweit über die Tatsachen im großen und ganzen, über Einzelheiten wäre noch mancherlei zu sagen.

# Faschismus

## Der Faschismus in Jugoslawien.

Von M. (Belgrad).

** In Jugoslawien bestehen zwei Arten faschistischer Organisationen. Die einen gruppieren sich um die sogenannte „Liga der nationalen Verteidigung", die insbesondere in Bosnien, Herzegowina und Wojwodien einflußreich ist.

Andere faschistische Organisationen organisieren sich um die „Fortschrittliche nationale Jugend", die dank der Ironie des Schicksals im Jahre 1921 in Spalato am adriatischen Meer entstanden ist. Sie ist in jeder Beziehung und von jedem Gesichtspunkte den italienischen faschistischen Organisationen nachgebildet, obwohl sie durch die demokratische Partei gegründet wurde und unter der Leitung des demokratischen „allserbischen" Führers M. Pribitschewitsch steht.

Die aktivsten faschistischen Elemente befinden sich im Gefolge der „Liga der nationalen Verteidigung". In Siha sind ihre Organisationen stark und stützen sich auf die von M. Pribitschewitsch gegründete Bauernvereinigung.

In ganz Jugoslawien ist also eine richtige faschistische Bewegung im Entstehen. Ihre sozialen Wurzeln reichen tief. Die serbische Bourgeoisie erleidet Niederlage auf Niederlage. Sie kämpft an drei Fronten: erstens gegen die kroatischen und slowenischen Kapitalisten; zweitens gegen die nationalen Minderheiten, die ungarische, deutsche, mazedonische und albanische; drittens endlich gegen das Proletariat. Die Steuerlast, die Teuerung der Lebenshaltung und die Exzesse der Reaktion rufen eine so allgemeine Unzufriedenheit hervor, daß die politische Oberherrschaft der serbischen Bourgeoisie direkt bedroht ist. Die Zwangsmittel des Staates sind für sie nicht mehr zureichend; sie braucht eigene terroristische Massenorganisationen und benötigt dazu die faschistische Bewegung.

Dieser jugoslawische Faschismus hat das Besondere an sich, daß er im Dienste eines Teiles der Bourgeoisie — der serbischen — steht und dazu bestimmt ist, die anderen Teile der besitzenden Klasse, und zwar die der kroatischen, slowenischen und bosnischen nationalen Minderheiten zu bekämpfen, außerdem natürlich das Proletariat in ganz Jugoslawien.

Die serbische besitzende Klasse bereitet sich darauf vor, ihre nationale Hegemonie durch die grausamsten Methoden eines Regimes, das auf der außergesetzlichen Gewalt beruht, aufrechtzuerhalten.

# Buchbesprechungen

## „Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution."*)

Von J. Révai (Wien).

** Der Name Erwin Szabó ist jenen, die auch mit der außerdeutschen (und zwar sowohl in sprachlichem, als auch im sachlichen Sinne) revolutionären marxistischen Vorkriegsliteratur einigermaßen vertraut sind, nicht unbekannt. Er gehörte zu den ersten, die die Gefahren des Parlamentarismus und das allmähliche Überhandnehmen des Opportunismus in der Sozialdemokratie, insbesondere in der deutschen, erkannt haben und als Reaktion dagegen den revolutionären Syndikalismus, die Lehre von der direkten, wirtschaftlichen Aktion, vom Antiparlamentarismus und Antimilitarismus entwickelt haben. Er war einer der besten Vertreter dieses revolutionären Vorkriegssyndikalismus. Freilich war diese seine syndikalistische Abart des Marxismus eigentlich bereits eine Abirrung von der Theorie des orthodox-revolutionären Marxismus, aber sein revolutionäres Temperament und seine revolutionäre Moral bewahrten ihn davor, ins Fahrwasser des Opportunismus und des Burgfriedens mit der Bourgeoisie zu geraten. **Uns Kommunisten trennt eine ganze Welt von Erwin Szabó,** doch ehren wir ihn als einen der ersten revolutionären, marxistischen Lehrmeister des ungarischen Proletariats, dessen Wirkung auf die ungarische Arbeiterklasse, obwohl er in der Massenbewegung eigentlich nie aktiv teilnahm, dennoch eine ungeheure blieb. Er geriet schon früh in Konflikt mit der ungarischen Sozialdemokratie und zog sich vom politischen Alltagskampf zurück. Aber durch seine literarische und pädagogische Tätigkeit wurde er zum Erzieher einer ganzen marxistischen Generation der revolutionären Intelligenz, die die Opposition gegen die Sozialdemokratie während des Krieges organisierte, eine antimilitaristische Propaganda betrieb und später an der Gründung der KPU. teilnahm. Das größte Verdienst E. Szabos ist dies: daß er die revolutionäre Lehre des Marxismus der ungarischen Arbeiterklasse zu vermitteln unternahm. Denn die ungarische Sozialdemokratie vernachlässigte fast vollständig die marxistische Erziehung des Proletariats. Das Kapital, das Elend der Philosophie, der Ursprung der Familie, der Anti-Dühring — also die Hauptwerke des revolutionären wissenschaftlichen Marxismus waren nicht übersetzt, geschweige denn die Gothaer Programmkritik oder die Jugendschriften. (E. Szabo hat diese Pflicht, deren Erfüllung die Aufgabe einer ganzen Partei gewesen wäre, als einzelner auf sich genommen. Er gab in ungarischer Übersetzung eine zweibändige Ausgabe der ausgewählten Werke von Marx und Engels heraus, er versah die einzelnen Schriften mit Einleitungen und Anmerkungen, die ein vollständiges Bild von der Lehre des historischen Materialismus sowohl in philosophischer als auch in ökonomischer und geschichtlicher Hinsicht gaben und die den Mehringschen Kommentaren im Nachlaß in jeder Hinsicht vollkommen ebenbürtig sind. Dies war auch theoretisch seine beste Leistung, hier war er dem orthodoxen Marxismus noch am wenigsten entfernt, obwohl er auch schon hier in einzelnen, sehr wesentlichen Punkten: in der nationalen Frage, in der Frage der Beurteilung der mittelalterlichen Bauernrevolutionen und der historischen Rolle der Gewalt Marx und Engels gegenüber eine kritische Stellung einnahm. Sein sich immer mehr entwickelnder Syndikalismus, die abstrakte Trennung zwischen Ökonomie und Politik und dem entsprechend die abstrakte Verselbständigung der „Gewalt" überhaupt und der „Revolution" führten ihn während des Krieges zum Pazifismus und immer näher zu einem „ethischen Idealismus". Sein letztes größeres Werk, das er noch in seinem Leben veröffentlichte: „Imperialismus und dauernder Frieden", spiegelt diese Dualität eines humanistischen Pazifisten und eines proletarischen Revolutionärs in anschaulichster Weise wider. Sein Pazifismus war aber dennoch nicht dem seichten Pazifismus eines Reformisten Kautskyscher Abart ähnlich. Die proletarische Revolution verleugnete er nie, nur war er nicht imstande, den inneren Zusammenhang zwischen Imperialismus, Krieg und Revolution zu sehen. Der proletarische Kampf gegen den Krieg (den er, der damals schon Schwerkranke mit aller Energie unterstützte: er war die Seele einer jeden illegalen, antimilitaristischen Agitation) war für ihn das geeignetste Mittel, aber doch bloß Mittel zum Zweck; er sah nicht, daß der Kampf gegen den Krieg gleichbedeutend sein muß mit dem Kampf zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Die Russische Oktoberrevolution hat er mit Jubel begrüßt, und die Ehrung, daß die junge proletarische Diktatur ihn zum Ehrenmitglied der Sozialistischen Akademie in Petrograd ernannt hatte, ward keinem Unwürdigen zuteil. Die proletarische Diktatur in Ungarn hat er nicht mehr erlebt, aber die ungarische Arbeiterklasse ehrte sein Andenken und bezeugte ihre große Dankbarkeit ihrem trotz aller Meinungsverschiedenheit großem Lehrer gegenüber, indem der proletarische Staat die Veröffentlichung seines Nachlasses für seine eigene Aufgabe und Pflicht erklärte. Dazu kam es aber nicht mehr, das Hauptwerk dieses Nachlasses, das oben genannte Buch, erschien in einem bürgerlichen Verlag in der Emigration.

*) Erwin Szabó: Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution (Verlag Becsi Magyar Kiadó, Wien 1921).

Die Hauptgedanken des Buches, dessen einige Teile bereits vor Jahren im Grünbergschen „Archiv" erschienen sind, hat Szabo im wesentlichen schon in seiner Marx-Engels-Ausgabe, in seiner Einleitung zum Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" über Ungarn formuliert. Das Buch selbst ist eine breitangelegte (an der Hand der gesamten 48er Zeitungs- und sonstigen Literatur, der Parlamentsdebatten usw.) Ausführung seines polemischen Standpunktes gegen die „Neue Rheinische Zeitung", die die 48er ungarische Revolution als eine bürgerliche Revolution bewertete und aus der Tatsache, daß die kleinen slawischen Nationalitäten (Kroaten und Serben, aber auch die Rumänen) im objektiven Bündnis mit Metternich dem ungarischen Freiheitskrieg in den Rücken fielen, den Schluß zog: diese „Nationchen", diese „Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution . . ." (Nachlaß S. 241). Dieser Einstellung gegenüber hat ja schon Mehring darauf hingewiesen, daß in der 48er ungarischen Revolution die revolutionäre Bourgeoisie „Schulter an Schulter stand mit einem kräftigen, kriegserfahrenen, trotzigen Adel", und daher die Begrüßung der ungarischen Revolution als Analogie in bezug auf ihren Heroismus und ihren Klasseninhalt zum Frankreich des Jahres 1793 verfehlt ist. Aber auch Mehring anerkannte die **geschichtliche** Berechtigung der Marx-Engelschen Vorwürfe gegen die slawischen Nationalitäten, fand nur ihre „etwas allzu summarische Erledigung" für übertrieben und wies auf die Änderung der geschichtlichen Situation und dementsprechend der Rolle dieser Nationalitäten hin. Szabo geht in der Kritik der Marxschen Anschauung weiter als Mehring. Er weist nach, daß die führende Klasse der ungarischen Revolution der mittlere Adel war, also an sich eine reaktionäre Klasse, und daß der soziale Inhalt der Revolution im Klassenkampf dieser Klasse gegen den mit der Dynastie verbündeten Hochadel und in ihrer Machtergreifung bestand. Der Einfluß der Bourgeoisie war verschwindend, und wo er manchmal zur Geltung kam, am seltensten im revolutionären Sinne. Industrielles Proletariat gab es fast überhaupt nicht und die revolutionäre Intelligenz, deren führende Stellung ja zu den wesentlichsten Merkmalen der bürgerlichen Revolution gehört, hatte in ihrem konsequent revolutionären Teil fast gar keinen Einfluß, ihr Hauptteil war bloß ein Anhängsel des Adels. Die „Neue Rheinische Zeitung" erwartete von Ungarn den revolutionären Offensivkrieg, und Mehring bezeichnete den Beschluß der „revolutionären" Nationalversammlung, Metternich gegen das revolutionäre Italien Waffenhilfe zu gewähren, als eine „unglaubliche Torheit". Daß aber das Ausbleiben des Offensivkrieges nicht zufällig war, ebenso wie die Waffenhilfe gegen Italien keine bloße „Torheit", sondern beides Folgen des beschränkt-feudalen Charakters der ungarischen Revolution waren, ist klar. Die „Nation" war der Adel, und nicht wie in der klassischen französischen Revolution alle gegen den Adel kämpfenden Klassen der Gesellschaft, also Bourgeoisie und unter ihrer Führung die Bauernschaft. Ein Hauptinhalt und eine Hauptaufgabe der bürgerlichen Revolution ist die Bauernbefreiung, oder genauer: die Führung des Kampfes der Bauern gegen die Feudalherren. Dies fehlt in der ungarischen Revolution vollständig. Szabo zeigt ausführlich, daß die Sache der politischen Reform und der Bauernbefreiung in der revolutionären Gesetzgebung nur in dem Maße fortgeschritten ist, in dem einerseits die außenpolitischen Ereignisse (Februarrevolution in Paris, Märzrevolution in Wien), andererseits die immer drohender werdende Gefahr einer inneren Bauernrevolution ständischer Adelsversammlung und später der Nationalversammlung Schrecken eingejagt haben. Und selbst dann, als man die Aufhebung der Feudallasten nicht mehr vermeiden konnte, hat man große Massen der Leibeigenen unter verschiedenen juristischen Vorwänden nicht befreit, man hat den jahrhundertelang vor sich gegangenen Raub an Bauernländereien seitens des Adels gesetzlich sanktioniert und die Entschädigung des Adels für den Verlust der Feudalabgaben so bemessen, daß nicht nur die restlose Umwandlung der feudalen Bodenrente in Geldrente erzielt worden ist, sondern noch darüber hinaus eine Vermehrung des adeligen Einkommens. Es ist also angesichts dieses durchaus feudalen Charakters der „revolutionären Bauernbefreiung" kein Wunder, daß das soziale und das nationale Moment in der ungarischen Revolution einen reellen Gegensatz aufwiesen (ein Umstand, der in der großen französischen Revolution durchaus nicht vorhanden war) und daß das nationale Moment, das im Kampfe gegen Habsburg ein revolutionärer Faktor war, gegenüber der Bauernschaft zu einem konterrevolutionären Faktor wurde, der zur Bemäntelung der systematischen Hintertreibung der Bauernbefreiung ständig benützt werden konnte. Die Folge davon war, daß die revolutionäre Einheit der Nation nicht hergestellt werden konnte, daß die ungarischen Bauern am Krieg gegen die Dynastie vielerorts nur ungern teilgenommen haben, vielerorts mit den einbrechenden **slawischen** Bauern sympathisierten, daß sie sogar in Broshaza und Békés gegen die Assentierungen bewaffneten Widerstand leisteten. (Bezeichnenderweise sind diese beiden Ortschaften der ungarischen Tiefebene diejenigen, wo die agrarsozialistische Bewegung der Dorfarmut auch heute am stärksten ist, und wo im Jahre 1906 ein revolutionärer Massenstreik der Erntearbeiter zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär führte.) Wenn also der Angriff der slawischen Nationalitäten gegen Ungarn die „Neue Rheinische Zeitung" veranlaßte, sie als „konterrevolutionäre Nationen" zu brandmarken, so hätte es leicht passieren können, daß die ungarischen Bauern aus demselben Grunde sogar aus dem Begriff der ungarischen „Nation" hätten ausgeschlossen werden müssen. Szabo weist nach, daß der Aufstand der Slawen eine regelrechte Bauernrevolution war und daß es nur dem feudalen Charakter der ungarischen Revolution zu verdanken ist, daß diese Völker sich der Revolution nicht angeschlossen haben, sondern sich von der Dynastie verführen ließen, daher objektiv eine konterrevolutionäre Funktion ausübten. An sich betrachtet, hinsichtlich ihres konkreten sozialen Inhaltes sind Bauernrevolutionen weder reaktionär noch revolutionär, sie sind **an sich** ein mittelalterliches Element, die nur in dem geschichtlichen **Gesamtzusammenhang** eine revolutionäre oder konterrevolutionäre Funktion erhalten. (Obwohl die Bauernaufstände des Mittelalters objektiv reaktionär waren, behandelte sie Engels als verzweifelte Rebellionen einer unterdrückten Klasse mit großer Sympathie.) Und ebenso wie es mit den nationalen Bauernaufständen der Slawen, stand es auch mit der ungarischen Revolution. Zwischen ihrer gesamteuropäischen Rolle und Funktion und ihrem konkreten sozialen Inhalt bestand ein reeller Antagonismus. Marx und Engels hatten vollständig Recht in der Bewertung der ungarischen Revolution, indem sie das Hauptgewicht auf den gesamteuropäischen Maßstab legten, und es war deshalb eine Fälschung und eine Leichenschändung, als die Sozialimperialisten à la Lensch ihre Äußerungen während des Krieges zur Begründung ihrer imperialistischen Ablehnung der nationalen Gleichberechtigung heranziehen wollten. (Übrigens hat auch Lenin die nationale Gleichberechtigung nicht als eine absolute Forderung vertreten und die Möglichkeit eines Widerstreites sogar zwischen dem „wahrhaft nationalen" Interesse und dem Gesamtinteresse der internationalen Revolution wohl anerkannt.) Daß aber andererseits die ungarische Revolution, trotz der „List und Vernunft", die eine bürgerliche Revolution durch eine feudale Klasse ausführen ließ, was ihren Hauptinhalt: die Bauernbefreiung betrifft, demnach reaktionär war, zeigt der Umstand, daß die 48-er Agrargesetze im Jahre 1867 zur Grundlage des Ausgleiches zwischen Ungarn und der Dynastie wurden und daß die Herrschaft des Feudaladels in Ungarn auch heute noch auf diesen Gesetzen begründet ist. Freilich, der 1867-er Ausgleich fand schon statt unter dem Drucke und auf Grund der Bedürfnisse einer industriellen und Finanzbourgeoisie und unter Umständen, die den Anachronismus der Machtergreifung des mittleren Adels im Jahre 1848/49 noch greller beleuchtet haben. Dieser mittlere Adel ging als Grundbesitzerklasse zugrunde und als Gentry als staatliche und munizipale Bureaukratie, leistete er vor dem Kriege der Staatsmacht des verbündeten Feudaladels und der Finanzbourgeoisie treue Gefolgschaft. Heute ist er bei der letzten Stufe eines Deklassierungsprozesses angelangt und bildet die Hauptmacht des ungarischen Faschismus.

Ervin Szabos Buch ist ein großer Gewinn für das Proletariat Ungarns und eine sehr wertvolle Bereicherung seiner theoretischen und daher materiellen Waffen. Nicht nur darum, weil es eine Geschichtslegende der ungarischen herrschenden Klassen, wonach in der 48-er-Revolution unter den Fittichen der nationalen Erhebung alles in der schönsten Eintracht vor sich ging, schonungslos und gründlich zerstört, sondern auch darum, weil es der ungarischen Arbeiterklasse ihre bürgerliche Erbschaft, die Bodenfrage, vor Augen führt, weil es ihr an Hand der 48-Ereignisse zeigt, daß in Ungarn eine siegreiche und die Macht behauptende proletarische Revolution nur Hand in Hand mit der Bauernschaft möglich ist.

Und daß es eine sehr notwendige Aufgabe ist, die ungarische Arbeiterklasse und die Kommunisten zu dieser Erkenntnis zu erziehen, zeigen die traurigen Erfahrungen der proletarischen Revolution in Ungarn im Jahre 1919.

# Wir Intellektuellen und der Faschismus.*)

Von G. G. L. Alexander.

** Die Antifaschistische Weltliga hat eine Reihe von kleinen Heften herausgegeben, in sehr handlichem, für die Propaganda geeignetem Format. Darunter eine Broschüre „Wir Intellektuellen und der Faschismus“ von einem Dr. **Karl Müller-Brüssel**. Wir haben bisher geglaubt, daß die Antifaschistenliga eine Kampagne gegen den internationalen Faschismus zu führen beabsichtigt. Wenn sie aber ihr Agitationsmaterial nicht geschickter abfaßt, wird sie das Gegenteil erreichen, nämlich, daß es, wie diese Schrift, den Faschisten selbst den Stoff für ihre Propaganda liefert. Wenn man von den Intellektuellen reden und sich an sie wenden will, muß man wohl selbst erst einmal klar sein über den Begriff „Intellektuelle“, über seine Bedeutung und darüber, wie weit man ihn fassen will. Das fordert eine klare und prinzipielle Analyse. Dr. Müller bringt weiter nichts als ein kleinbürgerliches Gerede über die Verkommenheit der Geistesarbeiter — kein Wort über die wirtschaftlichen, aus der Struktur der Gesellschaft erwachsenden Ursachen dieser Verkommenheit. Kleinbürgerlich ist seine Hochachtung vor dem Pfarrer, in dem er keinen Intellektuellen als mechanisierten „Geistesarbeiter“ sieht, und kleinbürgerlich ist sein Geschimpfe über den „Advokaten“, den Juristen, der für ihn der „Intellektuelle unter dem Mikroskop“, die schrecklichste Ausgeburt eines Intellektuellen ist. „Was allen anderen Menschen zum schwersten sittlichen und intellektuellen Vorwurf gereichen müßte, daß sie nämlich bei ihren Handlungen ohne sachliche Überzeugung und ohne sittliche Warheit sind, das ist für den Advokaten Selbstverständlichkeit und Berufspflicht.“ Diese Feststellung, die auch für andere Berufe (zum Beispiel den ärztlichen) geltend gemacht werden könnte, ist zum ersten äußerst geschickt für die Propaganda. Wenn schon etwas Ähnliches gesagt werden muß, so muß es sofort in den notwendigen, durch die Wirtschaftstruktur gegebenen Zusammenhang gestellt werden. Von der Verkäuflichkeit der geistigen Arbeitskraft in der kapitalistischen Gesellschaft sagt Dr. Müller in der ganzen Schrift aber kein Wort, obwohl das doch eine fundamentale Tatsache ist. In dieser Unterlassung zeigt sich überhaupt der schlimmste Mangel der Schrift, nämlich das Fehlen jeder wissenschaftlichen Grundlage. So stellt er gleich zu Beginn die naive Behauptung auf, daß die „geistigen Arbeiter“ früherer Zeiten, als da sind „der Derwisch, der hebräische Prophet, die Religionsstifter wie die Philosophen, die Apostel und Missionäre“ zwar „tätig mit dem Geiste“ waren, daß aber „die Ausübung ihrer geistigen Funktion das Ergebnis einer angeborenen seelischen Berufung“ war, während sie „für den modernen Intellektuellen aber bedeutet einen erlernten und angelernten Beruf“ — „das Wesen des Intellektuellentums ist aber nicht die geistige Arbeit, sondern deren Mechanisierung“. Tatsache ist aber, daß gerade zum Beispiel der Priesterstand ein fundamentales Beispiel für die Mechanisierung der geistigen Arbeit ist; kann von „angeborener seelischer Berufung“ die Rede sein, wo durch Erblichkeit eine strenge klassenmäßige Auslese getroffen wird, die allein die Wahrung des klassenbedingten Berufsgeheimnisses ermöglicht — kann von „seelischer Berufung“ die Rede sein, wo es sich bei Priestern wie bei Ärzten um die Erlernung und Beherrschung ganz bestimmter berufsmäßiger Dogmen, Formeln und überlieferter Kenntnisse (beim Arzt) handelt? Und das gleiche gilt, wo Dr. Müller seine Behauptung auf die katholischen Priester oder Pfarrer ausdehnt, von denen er sagt, daß sie nur selten ohne religiöse Veranlagung ihren Beruf wählen. Wer lacht da nicht, angesichts der auf fette Pfründe und sichere Anstellung spekulierenden großen und kleinen Kirchendiener aller Zeiten und Völker? Die Herren werden sich selber ins Fäustchen lachen über Herrn Müllers antifaschistische Propaganda. Ärzte und Juristen werden sich dagegen bedanken für einen Antifaschismus, der von ihnen behauptet, daß für diese Berufe „ein gutes Gedächtnis und eine Dosis Scharfsinn ebenso genügend“ seien... wie „zum Kuhmelken“.

Auf dieser Grundlage kommt Dr. Müller schließlich zu Ergebnissen, die ebenso verblüffend sind für einen normalen Propagandisten, als seine „Wissenschaftlichkeit“ für einen geistigen Arbeiter beschämend ist. „Die erste Gefahr droht dem Intellektuellen aus dem drohenden Sieg des Kommunismus über die kapitalistische bürgerliche Kultur, die andere aus dem nicht weniger drohenden Untergang der gesamten Kultur in der Barbarei.“ (Fettgedruckt im Original!)

*) „Wir Intellektuellen und der Faschismus“, Schriften der Antifaschistischen Weltliga, Heft II.

Was ist es nun aber mit den Intellektuellen und dem Faschismus?

Zuerst müssen wir den Begriff des Intellektuellen definieren — welche Kategorien von geistigen Arbeitern soll er umschreiben? Wir müssen aus den Wolkenhöhen des Müllerschen Intellektualismus in den Wirtschaftsprozeß hinabsteigen und aus ihm den Begriff, den Typus des Intellektuellen entwickeln und begreifen.

Die Bezeichnung „Intellektueller“ bedeutet im Sprachgebrauch einen Gegensatz zum Proletarier: Hand- und Kopfarbeiter. Ist jeder Kopfarbeiter Intellektueller? Im Bereiche der kapitalistischen Produktion ist die Arbeit Ware geworden. Der Handarbeiter verkauft seine Arbeitskraft direkt innerhalb des Produktionsprozesses — sie wird mehrwertbildender Faktor und verfällt damit der direkten Ausbeutung — der Handarbeiter wird zum direkten Ausbeutungsobjekt, zum Proletarier. Ein Teil der Kopfarbeiter: Techniker, Ingenieure, Chemiker, verkaufen ihre geistige Arbeitskraft auch direkt im Produktionsprozeß und verfallen demselben Schicksal der Ausbeutung und Proletarisierung, das heißt sie helfen Mehrwert schaffen. Daran ändert auch nicht, daß sie sich nicht als Proletarier fühlen.

Eine andere Kategorie von Kopfarbeitern bilden die sogenannten „freien Berufe“: Ärzte, Juristen, Lehrer, Pfarrer, Künstler, Schriftsteller. Sie stehen in einem fundamentalen, aus der gesellschaftlichen Struktur gegebenen Gegensatze zum Proletariat. Sie stehen nicht im Produktionsprozeß, sie leisten keine Mehrwert bildende, im Sinne der Produktion produktive Arbeit. Sie haben nicht die Funktion des Mehrwertschaffens innerhalb der Gesellschaft. Sie produzieren scheinbar in ihrer eigenen Einbildung für sich selbst ihre Lebensunterhaltskosten — das hat ursprünglich mit dem vielleicht unter Umständen schöpferischen Charakter ihrer geistigen Arbeit nichts zu tun. Sie stehen vielmehr als Mehrwertkonsumenten, sind also Mehrwertsverbraucher wie die Kapitalisten, im Produktionsprozeß. Die scheinbare „Freiheit“ außerhalb des Produktionsprozesses — nur für sich selbst zu „produzieren“, „unabhängig“ nur für sich und durch sich selbst zu „verdienen“, wird aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zur Prostitution, die ja auch nur eine scheinbare „Freiheit“, „individuelle Betätigung“ ist. Denn sie sind innerhalb des kapitalistischen Systems gezwungen, ihre Freiheit, die Produkte ihrer geistigen Arbeit zu „verkaufen“ und deshalb an das auch für sich Mehrwert erpressende zahlungsfähige Kapital geschmiedet. Wenn also diese geistigen Arbeiter auch nicht direkt im Produktionsprozeß als gesellschaftliche Faktoren in Frage kommen, so ist ihre „individuelle“ Arbeit doch eine gesellschaftliche Funktion, weil der ganze Wissenschafts- und Kunstbetrieb eine gesellschaftliche Funktion ist. „Man kann also von Wissenschaft sprechen überall da, wo die Gesellschaft planmäßig Erfahrungen ordnet, sammelt und willkürlich hervorruft.“*) Diese gesellschaftliche Funktion bedeutet aber innerhalb der Klassengesellschaft zugleich Klassenfunktion:

„Wissen und Wissenschaft sind jetzt, der Eigenart der Gesellschaftsgruppierung gemäß, ungleichartig verteilt. In den Tiefen des sozialen Baues finden wir unentlohnte Überarbeit, eine armselige materielle Existenz, keine Freizeit, das heißt keinen Spielraum zu spezialisierter geistiger Arbeit, und nicht zuletzt planmäßige Absperrung von allen Gelegenheiten, sich erlebnismäßig-praktisch die Grunderfahrungen der Herrenklasse anzueignen.“**)

Die Klassenfunktion der Wissenschaft und der geistigen Arbeiter zeigt sich heute in der mächtigen Entwicklung und im systematischen Ausbau der naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute — nicht in einem abgelöst „wissenschaftlichen“ ideologischen Interesse, sondern im wirtschaftlichen Interesse und im Auftrage des kapitalistischen Großbetriebes, im engen Zusammenhange mit der Produktion selbst, so daß heute unter der Wirkung des Zusammenbruches des kapitalistischen Staates in Deutschland diese staatlichen Institute nur noch durch das Privatkapital und im Sinne seiner Produktion erhalten werden.

Das Gegenstück dazu bildet die gänzliche Loslösung der Geisteswissenschaften: Philosophie, Philologie, Ökonomie, Geschichte usw. vom Produktionsprozeß und ihre bewußt geförderte Rückständigkeit und Stagnierung, da diese Wissenschaften dazu dienen, jede Reaktion ideologisch zu stützen und zu rechtfertigen. Sie liefern die Philosophie für die Ausbeuter und ihre moralische

*) Karl August Wittfogel: „Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft“, Seite 38, Malik-Verlag.

**) Wie vorstehend, Seite 10.

und historische Rechtfertigung und Sanktionierung durch den Staat. Sie gehören zum Machtapparat der bürgerlichen Gesellschaft. Je näher der Staat vor dem völligen Bankrott steht, um so weiger hat er Mittel, diese Lehranstalten zu halten, sie werden geschlossen. An allen diesen staatlichen Wissenschafts- und Kunstanstalten, Schulen, Hochschulen usw. finden wir die Hauptmasse der Intellektuellen, der geistigen Arbeiter, die hier im Brotstudium und Beruf stehen.

Dieser Teil der geistigen Arbeiter wird heute proletarisiert, obwohl er nicht im Produktionsprozeß steht, obwohl ihm nicht Mehrwert erpreßt werden kann wie dem Arbeiter, Techniker. Er, der Nutznießer des Mehrwertes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wird proletarisiert, weil der bürgerliche Staat kein Geld und die schwerkapitalistischen Machthaber kein Interesse mehr an ihm haben. Seine qualifizierten Arbeiter läßt er nicht durch Intellektuelle, sondern durch Fachbetriebsschulen ausbilden. Die geistigen Arbeiter sind also, weder, wie Dr. Müller behauptet, „auf den Faschismus angewiesen wie die Schmeißfliege auf den Kot", noch hat der Faschismus Interesse an der Hebung und Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage, nur daß er sie und ihre Arbeitsstätte ausnützt als Basis für seine reaktionäre Propaganda und Organisationen. Das bedeutet nicht, daß der Faschismus der Retter des Intellektualismus ist, denn wirtschaftlich läßt er ihn ruhig krepieren — er interessiert sich nicht für die Kultur. Es ist aber so, daß nicht nur der Faschismus Kulturlosigkeit, Untergang in der Barbarei bedeutet, sondern daß der Faschismus dies als bürgerliche hochkapitalistische Erscheinung bedeutet, denn die ganze bürgerliche Gesellschaft ist schon der Barbarei und dem Untergange geweiht. Das Intellektuellentum als mißbrauchte Klasse der bürgerlichen Kultur muß mit ihr untergehen. Der Intellektuelle als geistiger Arbeiter aber braucht nicht unterzugehen. Und hier kommen wir zu dem verhängnisvollsten Trugschluß des Dr. Müller: Daß nämlich „auch aus dem Sieg des Kommunismus dem Intellektuellen Gefahr drohe". Wahr ist, daß die kommunistische Gesellschaft den Typus des Intellektuellen nicht mehr herausbilden wird, weder den des im Produktionsprozeß Ausgebeuteten noch den des Prostituierten der „freien Berufe". Es wird keine „freien Berufe", auch keine Klassenfunktion der geistigen Arbeiter mehr geben, sondern nur noch die gesellschaftliche Funktion der Hand- und Kopfarbeiter. Wenn aber der „Intellektuelle" der bürgerlichen Gesellschaft in seinem Charakter als Intellektueller zu funktionieren nicht mehr Gelegenheit und Möglichkeit hat, so kann er doch als geistiger Arbeiter, als Kopfarbeiter im Sinne der neuen Ordnung einen breiten Wirkungskreis finden. Der Kommunismus macht das Intellektuellentum — wenn wir darunter geistige Prostitution, Verkäuflichkeit, Preisgabe oder Ausbeutung der geistigen Arbeitskraft verstehen — als bürgerliche Erscheinungen, die sie sind, unmöglich. Aber er bedeutet nicht Untergang, Gefahr für den Intellektuellen als geistigen Arbeiter, natürlich, sofern er eben bereit ist, innerhalb der neuen Gesellschaft zu produzieren. Denn die kommunistische Gesellschaft bietet dem geistigen Arbeiter weite Möglichkeiten der Betätigung. Es muß ausgesprochen und aufgezeigt werden, nicht daß „die Intellektuellen und der Faschismus aufeinander angewiesen sind wie die Schmeißfliege auf den Kot", sondern daß für die Intellektuellen als ausgebeutete Prostituierte der bürgerlichen Gesellschaft, als Proletarisierte des kapitalistischen Systems die gleichen Voraussetzungen wie für die handarbeitenden Proletarier gelten, die sie in den Kampf gegen dieses System zwingen. Wenn der Faschismus in allen Ländern zum nationalen Kampfe, zur Rettung nationaler Kultur aufruft, so müssen wir zeigen und aussprechen, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats nicht nur um wirtschaftliche Interessen, um „materielle" Ziele geht, sondern daß er Kulturkampf ist, der einzige Kulturkampf, der heute geführt wird.

Wenn der Intellektuelle als der geistige Arbeiter innerhalb des staatlichen Wissenschafts- und Kunstbetriebes und der kapitalistische Interessen fördernden Forschungsinstitution nur im Sinne einer Klassenkultur arbeiten, produzieren konnte, fällt der Gegensatz des Klasseninteresses zu der kulturellen Entwicklung der Nation für den Handarbeiter, die unteren Klassen der Gesellschaft weg. „Die Sache des Proletariats ist die Sache der Menschheit", sagte schon Lassalle. Die Sache des Proletariats, sein Kulturkampf ist zugleich die Sache der Nation. Als bisher expropriierte und von den Kulturgütern getrennte Klasse kämpft es nicht nur um den Bissen Brot, sondern um diese Kulturgüter. Wenn es die Verbesserung seiner Klassenlage erstrebt, so fällt dieses Klasseninteresse zusammen mit dem Interesse des gesamten Volkes, denn es ist die einzige Klasse, in der praktisch und ideologisch sich die Volkseinheit verwirklichen kann, es ist sein Lebensinteresse, seine Existenzfrage, daß die Einheit des Reiches als Wirtschafts- und Kulturgebiet erhalten bleibt, denn die Zerstückelung des nationalen Bodens bedeutet seine eigene Zerstückelung, Erschwerung seiner Arbeitsmöglichkeiten und seines Klassenkampfes.

Wenn auch der Intellektuelle für die Einheit der Nation und nationale Kultur zu kämpfen ein zum Bestande seiner Ideologie gehörendes Interesse hat, so müssen wir ihm sagen, daß nur der revolutionäre Kampf des Proletariats diese Einheit und diese Kultur herstellen kann. Während die Einheit des Deutschen Reiches unter der Diktatur der Faschisten zerstört wird, ganze Gebiete abgetrennt und wirtschaftlich mit dem Ausland verbunden werden, wie die Operationen der Stinnes und Konsorten im Rheinlande vor aller Welt demonstrieren, sehen wir in Rußland, im Arbeiterstaate, das Gegenteil — den Zusammenschluß von 27 Nationalitäten, die ihre volle Individualität bewahren, zu einem großen internationalen wirtschaftlichen und kulturellen Komplex, zu einer höheren Einheit zusammengefaßt. Der Bericht, den bürgerliche Intellektuelle, wie Dr. Osborn, Dr. Behne, Frau Dr. Stoecker, in der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" über ihre Eindrücke in Rußland geben, betont gerade als tiefsten Eindruck, als fundamentales Erlebnis diese Verwirklichung des Gedankens der Vereinigung von Nationalität und Internationalität, die an den Universitäten, besonders den Volkshochschulen, bei Gelegenheit der Revolutionsfeier, aber auch sonst in der Organisierung als lebendige Tatsache in Erscheinung trat.

## Bezugspreise!

Ab 1. Januar betragen die Bezugspreise für die Internationale Presse-Korrespondenz für:

| | |
|---|---|
| Österreich | 8000 österr. Kronen |
| Tschechoslowakei | 8 tsch. Kronen |
| Deutschland | 1 Goldmark |
| Norwegen, Dänemark und Schweden | 2 Kronen |
| Frankreich | 4 frz. Franken |
| Schweiz | 2 schw. Franken |
| Italien | 6 Lire |
| England | 2 Schilling |

pro Monat.

Für Amerika beträgt die Bezugsgebühr 6 Dollar pro Jahr und für alle übrigen oben nicht angeführten Länder den 2 Schweizer Franken entsprechenden Gegenwert.

**Geschäftsleitung der Inprekorr.**

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.